



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

DIE LINKE IN EUROPA

Sozialistische Parteien in der EU

Von Dominic Heilig

Inhaltsverzeichnis

Der Aufstieg der europäischen Linken.....1

Die Linke in Europa

Sozialistische Parteien in der EU..... 2

Von Dominic Heilig

1. Die Linke in Europa: Geschichte und Diversität..... 2
2. Syriza und der europäische linke Frühling10
3. Der schwarze Herbst der Linken in Europa: Die Linke in Spanien.....17
4. DIE LINKE: Stabilitätsfaktor in der Europäischen Linken.....27
5. Strategische Aufgaben für die Linke in Europa..... 34

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, April 2016

Herausgeber: Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

Der Aufstieg der europäischen Linken

Das europäische Parteiensystem befindet sich im Umbruch. In der Folge des neoliberalen Angriffs löst sich mit der Mittelschicht auch die jahrzehntelang stabile Bindung großer Wählergruppen an die Parteien der Mitte zunehmend auf. Von dieser Entwicklung profitieren nicht zuletzt die europäischen Rechtsparteien; in vielen Ländern haben rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien einen für die Nachkriegszeit beispiellosen Aufschwung erlebt, wie Thilo Janssens RLS-Studie über „Rechtsaußenparteien in der Europäischen Union“ gezeigt hat.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hat der Wahlsieg der griechischen „Koalition der radikalen Linken“, besser bekannt als SYRIZA, im Januar 2015 die europäische Linke aus ihrem oppositionellen Schlaf gerüttelt. Man rieb sich die Augen und stellte fest, dass die Linke bei Wahlen nicht länger nur „respektable“ Plätze erobern, sondern selbst als führende Kraft in die Regierung gewählt werden konnte. Die europäische und internationale Linke war begeistert.

Der Wahlsieg alarmierte allerdings zugleich ihre Gegner, die, unter Führung der deutschen Bundesregierung, der griechischen Linksregierung das Leben schwer und mitunter zur Hölle machten. Die Auseinandersetzung zwischen SYRIZA und der Troika (aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds) über die griechische Regierungspolitik beherrschte im Frühjahr und Sommer 2015 die Schlagzeilen. Im Zuge dieses Konflikts gelang es Merkel, Schäuble & Co, die Eckpfeiler ihres neoliberalen Austeritätsregimes gegen den Angriff aus Griechenland zu verteidigen und SYRIZA in Kernfragen zum Einlenken zu zwingen. Zugleich zeigte die Wiederwahl der Tsipras-Regierung im September 2015 aber auch, dass sie es nicht vermochten, die linken „Störenfriede“ aus dem Amt zu drängen.

Seitdem hat die Linke in Spanien und Portugal im Herbst/Winter 2015 Wahlerfolge erzielt. In Spanien verlor die konservative Volkspartei durch den Aufstieg von Podemos ihre Mehrheit; in Portugal konnte der konservative Ministerpräsident gar von einer Mitte-links-Regierung abgelöst werden. In Großbritannien wählte die sozialdemokratische Labour Party mit Jeremy Corbyn den wohl am weitesten links stehenden Vorsitzenden ihrer Geschichte, während in anderen europäischen Ländern, darunter auch in Deutschland, eine reorganisierte Linke sich zu stabilisieren vermochte.

Höchste Zeit also, die europäische Linke genauer in den Blick zu nehmen. Welche Parteien sind von besonderer Relevanz, und wofür stehen sie politisch? Wo überwiegen die programmatischen Parallelen und wo die Unterschiede zwischen den nationalen Formationen? Wie ist die Linke auf europäischer Ebene organisiert, und wohin geht die Reise?

In dieser Studie untersucht der Journalist Dominic Heilig die gegenwärtige Lage. Ausgehend von einem Überblick und einer Kategorisierung der verschiedenen europäischen Linksparteien verdichtet Heilig die Analyse am Beispiel von drei Parteien: SYRIZA, Podemos und DIE LINKE. In seiner spannenden Darstellung der jüngeren Entwicklung vermag er zu zeigen, was durch den Aufstieg der Linken bereits gewonnen, aber auch, was noch nicht erreicht worden ist. Fest steht, dass die Linke noch viel zu tun hat, will sie mit ihrer Politik Einfluss auf die Zukunft des europäischen Kontinents nehmen.

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Leiter des Büros New York, April 2016*

Die Linke in Europa

Sozialistische Parteien in der EU

Von Dominic Heilig

1. Die Linke in Europa: Geschichte und Diversität

Das Spektrum der Linken in Europa reicht von sozialdemokratischen über linkslibertäre und grün-alternative bis hin zu traditionellen kommunistischen Parteien. Nimmt man ihre Selbstverortung als Linksparteien als Ausgangspunkt, können allein für die Europäische Union (EU) und ihre 28 Mitgliedstaaten bereits über 60 Parteien dieses Spektrums identifiziert werden.¹ Diese Selbstdefinitionen beruhen jedoch auf unterschiedlichen historischen, strategischen und programmatischen Grundlagen. Hinzu kommt, dass viele Parteien dieses Spektrums zugleich einem ständigen Wandel durch Abspaltungen, Neugründungen oder Sammlungsprozesse unterworfen sind.

Bevor einige ausgewählte Beispiele – nämlich Syriza (Griechenland), Vereinigte Linke und Podemos (Spanien) sowie DIE LINKE (Bundesrepublik) – im Rahmen dieser Studie näher betrachtet werden, gilt es zunächst, zwei europäische Zusammenhänge, in denen Linksparteien aktiv sind, zu analysieren. Da ist zum einen die 2004 gegründete Europäische Linkspartei (EL), ein europaweiter Zusammenschluss nationaler Linksparteien im Rahmen der EU. Zum Zweiten werden Parteien, die Mitglieder der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) sind, der linken Parteienfamilie zugeordnet. Daraus folgt, dass in dem vorliegenden

Beitrag nur Linksparteien betrachtet werden, die entweder über eine parlamentarische Vertretung im Europäischen Parlament verfügen oder die – bei aller Kritik oder gar Ablehnung der EU – die europäische Arena als politischen Handlungsrahmen angenommen und sich der EL angeschlossen haben.²

Diese Schwerpunktsetzung ist geboten, um Linksparteien in Europa überhaupt vergleichen zu können. Allein in der EU sind wir in jedem der 28 Mitgliedstaaten mit 28 teilweise sehr spezifischen nationalen Rahmenbedingungen konfrontiert, das heißt mit unterschiedlichen Wahlsystemen, Rechtsstellungen der Parteien und historischen Voraussetzungen. Ein Beispiel: Während in Deutschland eine Partei mindestens fünf Prozent der Stimmen bei nationalen Wahlen benötigt, um Sitze in Parlamenten einzunehmen, liegt diese Hürde in Portugal und Griechenland bei nur drei Prozent; in Frankreich wiederum gilt das Mehrheits- und kein Verhältniswahlrecht. Auch die Möglichkeit, Wahlbündnisse aus Parteien oder mit sozialen Bewegungen für Wahlen zu bilden, wird äußerst unterschiedlich gehandhabt. Zugleich üben diese Faktoren großen Einfluss auf die konkrete Gestalt der Linksparteien aus.

In einigen EU-Staaten existieren – wie etwa in Portugal – mehrere relevante Linksparteien, die

1 Vgl. Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt und Anna Striethorst (Hg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, 2010, S. 7.

2 Vgl. Jürgen Mittag und Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Wien 2010, S. 179.

Tabelle 1: Mitgliedsparteien der GUE/NGL im Europäischen Parlament seit 2014

Partei	Land	Abgeordnete
AKEL	Zypern	2
Bloco de Esquerda	Portugal	1
DIE LINKE	Deutschland	7
Euskal Herria Bildu	Spanien (Baskenland)	1
Volksbewegung gegen die EU – Rotgrüne Einheitsliste	Dänemark	1
Front de Gauche (PCF; Parti de Gauche, u. a.)	Frankreich	3
Izquierda Plural (Izquierda Unida u. a.)	Spanien	5
Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM)	Tschechische Republik	3
L'Altra Europa con Tsipras	Italien	2
Kommunistische Partei Portugals (PCP)	Portugal	3
Tierschutzpartei	Niederlande	1
Podemos	Spanien	4
Linke Volkseinheit	Griechenland	1
Sinn Féin (SF)	Irland/Nordirland (GB)	4
Sozialistische Partei (SP)	Niederlande	2
Syriza	Griechenland	4
Union pour les Outre-Mer	Frankreich (Übersee)	1
Linkspartei (V)	Schweden	1
Linksbund (VAS)	Finnland	1
Unabhängige	Deutschland, Irland, Griechenland, Italien	4

damit auch in Konkurrenz zueinander stehen. In den skandinavischen Ländern (mit Ausnahme Dänemarks) ist die Linke nicht zersplittert und, wenn zuletzt auch auf niedrigem Niveau, besonders stabil. Hier existiert jeweils nur eine relevante Linkspartei, die in Finnland, Norwegen, Island und Schweden bis vor kurzem sogar Teil sozialdemokratisch geführter Regierungen war.

In den meisten osteuropäischen Staaten ist die Linke dagegen nicht nur, wie im Südwesten Europas, zersplittert, sondern auch völlig marginalisiert. Lediglich in Slowenien und Kroatien konnte in den letzten zwei Jahren durch

Neugründungen und Sammlungsprozesse im linken Spektrum eine parlamentarische Vertretung der Linken erreicht werden.³ Ein Kennzeichen der Linksparteien in Europa ist folglich ihre Heterogenität.

Alle Linksparteien in Europa sind klassische Mitgliederparteien. Auch Neugründungen wie die Parti de Gauche setzten weiterhin auf die Bindung von Mitgliedern; keine der Linksparteien ist ein personenorientierter Wahlverein.

³ Vgl. Dominic Heilig: Ein weißer Fleck färbt sich rot, 14.7.2014, www.die-linke.de.

Europäische Linksparteien binden besonders vier Wählergruppen an sich. Zum einen klassische Arbeiter- und alternative Milieus, die in Protest zu den herrschenden Verhältnissen stehen. Neue Wählergruppen, die die Linke in ihrem Widerstand gegen Neoliberalismus und Austeritätspolitik an sich binden konnte, sind Menschen mit Prekaritätserfahrung und vom Abrutschen ins Prekariat bedrohte Mittelschichten. Keiner Partei aber gelingt es, alle vier Wählergruppen gleichermaßen für sich zu gewinnen. Kommunistische Parteien wie die portugiesische PCP etwa werden in erster Linie von klassischen, in ihrem Bestand bedrohten, Arbeitermilieus gewählt; DIE LINKE in Deutschland hingegen wird vornehmlich von Prekarierten unterstützt. Gleichzeitig sind Arbeiter und Prekarierte unter den Mitgliedern aller Linksparteien in der Minderheit. In den skandinavischen und mitteleuropäischen EU-Staaten treten überwiegend Angestellte und Angehörige der höher gebildeten Mittelschichten linken Parteien bei.⁴

Die Entstehung und programmatische Verortung der Parteien links von der Sozialdemokratie sind stets auch Produkt gesellschaftlicher Veränderungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Linken gewesen. Diese Veränderungen stellten für die Linke jeweils drastische Zäsuren dar, die die Herausbildung unterschiedlichster Formen von Linksparteien förderten.

Die *erste* Zäsur, die zur Herausbildung von Linksparteien in Europa führte, war die Spaltung der Sozialdemokratie in der Folge von Erstem Weltkrieg, Oktoberrevolution und Gründung der Sowjetunion. Auch wenn es bereits zuvor vereinzelt Parteien links der Sozialdemokratie gegeben hatte, die auf revolutionärem Wege zum Kommunismus bzw. Sozialismus gelangen wollten, entwickelten sich diese erst mit der Spaltung der Sozialdemokratie zu Parteien mit gesellschaftlicher Relevanz.

Zur *zweiten* Zäsur kam es angesichts des Prager Frühlings 1968. Die Spaltung klassischer kommunistischer Parteien in Westeuropa erfolgte hier entlang der Bewertung des Führungsanspruches der KPdSU. Parteien des „Dritten Weges“ oder eurokommunistische Parteien lösten sich von jenen, die weiterhin auf eine revolutionäre Gesellschaftsentwicklung, auf das innere Führungsprinzip des „demokratischen Zentralismus“, auf den Marxismus-Leninismus als verbindliches ideologisches Fundament und auf den Führungsanspruch der KPdSU beharrten. Die Ablehnung alternativer Entwicklungswege zum Sozialismus und alternativer, demokratischer Sozialismusvorstellungen ging einher mit einem unversöhnlichen ideologischen Kampf gegen jede Abweichung vom sowjetischen Modell. In Westeuropa lösten sich einige kommunistische Parteien sich von der ideologischen und organisatorischen Bindung an die KPdSU, andere spalteten sich. In Osteuropa ordneten sich die Staatsparteien dem Großen Bruder in Moskau weiter unter.

Ein Kennzeichen der Linksparteien in Europa ist folglich ihre Heterogenität. Der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordisch-Grüne Linke (GUE/NGL) gehören 52 Abgeordnete von 19 Parteien oder Wahlbündnissen an. Die Abgeordneten kommen aus 14 Mitgliedstaaten der EU. Der Charakter der Fraktion ist, wie der Name bereits verrät, konföderal, das heißt jede Partei behält ihre Eigenständigkeit und entscheidet entsprechend innerhalb des weiten Rahmens der Fraktion individuell.

Die zunehmende europäische Integration, die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien und neuer grün-alternativer Bewegungen sowie das Wachstum der Friedensbewegung für (atomare) Abrüstung in den 1970er und 80er Jahren markierten eine *dritte* Zäsur für die Linke. Erstmals kam es zur Herausbil-

⁴ Vgl. Anna Striethorst: Mitglieder und Elektorate von Linksparteien in Europa, in: Daiber u.a., a.a.O., S. 89ff.

derung neuer linker Sammlungsparteien, die ihre Wurzeln in den sozialen Bewegungen dieser Zeit hatten und über die klassische Vertretung von Arbeiterinteressen gegenüber dem Kapital hinausreichende Forderungen stellten. Das linke Parteienspektrum erweiterte sich damit um linkssozialistisch-ökologische Formationen. Diese Parteien, die zunächst eher wie plurale Bewegungen und weniger wie klassische Parteien auftraten, setzten auf eine transformativ-strategische Strategie zur Überwindung des Kapitalismus unter Berücksichtigung neuer gesellschaftlicher Einstellungen und Werte.

Eine *vierte* Zäsur stellte – ganz besonders in den „realsozialistischen“ Ländern, aber auch in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG), dem Vorläufer der EU – der Fall der Berliner Mauer und das Ende der Blockkonfrontation dar. Sozialistische bzw. kommunistische Staatsparteien verloren ihre Führungsrolle, lösten sich auf oder unterzogen sich inneren Reformprozessen, die durch äußere Umstände notwendig geworden waren. Viele dieser Parteien in Osteuropa wandelten sich in der Folge zu sozialdemokratischen Parteien, wie in Polen oder Ungarn; andere unterzogen sich einem programmatischen und demokratischen Wandlungsprozess, wie DIE LINKE in Deutschland, und gehören weiterhin dem Lager der Parteien links von der Sozialdemokratie an. Manche Parteien, die aus früheren Staatsparteien hervorgingen, wie etwa die tschechische KSČM, hielten an ihrer traditionellen kommunistischen Orientierung fest. Aber auch die bestehenden Linksparteien Westeuropas, wie jene des Eurokommunismus oder die den neuen sozialen Bewegungen verbundenen, gerieten in eine Legitimationskrise und unterzogen sich inneren Reformprozessen. Dabei verschwanden manche von ihnen, wie beispielsweise die (Euro)Kommunistische Partei Italiens (PCI), gänzlich von der Bildfläche.

Die sich nach der Auflösung der Blockkonfrontation rasant verstärkende europäische Integration, die Krise klassischer kommunistischer

und anderer moderner Linksparteien und die gleichzeitig entstehenden sozial- und globalisierungskritischen Bewegungen Ende der 1990er Jahre führten zur Formation neuer linker Sammlungsparteien. Diese *fünfte* Zäsur führte auch zu einer Bündelung linker Kräfte und Parteien über die Grenzen des Nationalstaates hinweg. Zwar hatten lose grenzüberschreitende Diskussionszusammenhänge, wie das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF), seit 1990/91 existiert; einen verbindlichen Charakter der Kooperation konnten diese aber nicht herstellen. 2004 wurde ein europäischer Sammlungsprozess mit der Gründung der Europäischen Linkspartei gewissermaßen nachgeholt.

Die Entfesselung des Kapitalismus – genauer: des sich ungezügelt bahnbrechenden Neoliberalismus und der daraus entstehenden Dominanz der Finanzmärkte – führte ab 2007/2008 nicht nur zur bislang schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit, sondern auch zur Entstehung neuer linker Anti-Austeritätsbewegungen. Diese *sechste* Zäsur mündete teilweise in die Entstehung neuer politischer Parteien oder bewirkte weitere Reformen bereits bestehender Linksparteien wie in Spanien, Griechenland oder Frankreich.

Die Europäische Linkspartei (EL)

Nach der Überwindung der Blockkonfrontation geriet die Linke in Ost- und Westeuropa in die Defensive. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus wurde zu einer Niederlage einer gesamten politischen Idee und damit zur Niederlage linker Parteien insgesamt, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. Um diese zu überwinden, wurden Koordination und inhaltlicher Austausch auf europäischer Ebene immer wichtiger. Im Forum der Neuen Europäischen Linken begann eine gemeinsame Suche nach Reformvorstellungen, Aktionsmodellen und den erfolgreichsten Parteikonzepten für eine reformierte Linke.

Tabelle 2: Zäsuren der Linken in Europa

Sechs Zäsuren	Zeitraum	Linke	Beispiele
Oktoberrevolution und Erster Weltkrieg	1914-1923	Kommunistische Linke	PCP, KKE, KPD, PCE, u. a.
Prager Frühling	1968	Eurokommunistische Linke	PCF, PCI, PCE, KKE reform
Neue links-alternative Linke, linksgrüne Neugründungen	1970er bis Mitte 1980er	Neugründung linksgrüne, linksalternative & antiautoritäre Linke	IU, Synaspismos, Schwedische Linke, SP Niederlande, SYN
Ende der Blockkonfrontation	1989-1990	Plurale, demokratisch-sozialistische Linke & reformierte Staatsparteien	PDS, PRC, Linksbund Finnland, Rot-grüne Einheitsliste Dänemark
Europäische Integration & Antiglobalisierungsbewegung	Ende der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre	Parteiallianzen unter Einbindung der globalisierungskritischen Bewegungen	Bloco de Esquerda, Dei Lénk Luxemburg, PRC, SYN, IU
Globale Wirtschafts- und Finanzkrise	ab 2007/2008	Parteiallianzen unter Einbindung der Anti-Austeritätsbewegung	Syriza, Podemos, Parti de Gauche

Zur Jahrtausendwende gründete sich die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL), die stark durch trotzkistische und außerparlamentarische Linksparteien geprägt wurde. Ihr gelang es aber kaum, politischen Einfluss zu generieren.⁵ Am 8. Mai 2004 wurde dann in Rom schließlich die Europäische Linkspartei (EL) gegründet. Sie versucht, eine gemeinsame politische Identität zwischen den Mitgliedsparteien herauszuarbeiten, ohne dabei die Geschichte und die nationalen politischen Verhältnisse zu ignorieren. In der Partei herrscht das Konsensprinzip. Zur EL gehören heute 31 Mitglieds- und offizielle Beobachterparteien an, darunter auch solche aus Ländern, die nicht der EU angehören (Türkei, Moldawien, Weißrussland, Schweiz und Nordzypern). Nicht in der EL vertreten sind die wichtigen Linksparteien aus Schweden und Norwegen.

Alle Mitgliedsparteien der EL weisen eine hohe Kohärenz in Bezug auf ihre Kernthemen auf; sie wollen gemeinsam für „Frieden, Demo-

kratie, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und Achtung vor der Natur“ kämpfen.⁶ Insbesondere Themen wie die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates, der Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit sowie kollektive Sicherheit und Frieden stehen im Mittelpunkt. Ein weiteres Thema, das 2004 noch nicht im Fokus stand, aber heute die Politik der EL-Parteien beeinflusst, sind die Krise des Finanzmarktkapitalismus und die Austeritätspolitik der EU.

Vorschläge der EL zur Überwindung der Krise werden in erster Linie innerhalb des kapitalistischen Systems gedacht. Darin zeigt sich ein Dilemma: Die Notwendigkeit, konkrete und zeitnah umsetzbare Konzepte zum Vorteil breiter Bevölkerungsschichten zu entwickeln, zwingt linke Parteien dazu, ein System zu stützen, das sie eigentlich überwinden wollen. Dies zeigt sich etwa in der Forderung nach einer stärkeren Regulierung des Finanzsektors. Die

⁵ Vgl. Martin Schirdewan: Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 69.

⁶ Vgl. Programm der EL, verabschiedet am 8. und 9.5.2004 in Rom, S. 1.

Tabelle 3: Mitgliedsparteien der EL (inkl. Beobachterstatus)

Partei	Land
Bloco de Esquerda	Portugal
Izquierda Unida (IU)	Spanien
Partido comunista de España (PCE)	Spanien
Esquerra unida i alternativa (EuiA)	Spanien (Katalonien)
Partito dei Comunisti Italiani (PdCI)	Italien
Partito della rifondazione comunista (PRC)	Italien
Parti de Gauche (PG)	Frankreich
Gauche Unitaire (GU)	Frankreich
Parti Communiste Francais (PCF)	Frankreich
Syriza	Griechenland
Birleşik Kıbrıs Partisi	Zypern
Yeni Kıbrıs Partisi	Zypern
Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζόμενου Λαού (AKEL)	Zypern
Özgürlük ve Dayanışma Partisi (ÖDP)	Türkei
Българската левица (BL)	Bulgarien
Partidul Socialist Roman (PSR)	Rumänien
Partidul Comuniștilor din Republica Moldova (PCRM)	Moldawien
Magyarországi Munkáspárt 2006	Ungarn
Komunistická strana Slovenska (KSS)	Slowakei
Komunistická strana Čech a Moravy (KSČM)	Tschechische Republik
Strana demokratického socialismu (SDS)	Tschechische Republik
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	Österreich
Partei der Arbeit der Schweiz (PdA)	Schweiz
DIE LINKE	Deutschland
Communist Party Wallonie-Bruxelles (PC)	Belgien
Enhedslisten - De Rød-Grønne (EL)	Dänemark
Suomen kommunistinen puolue (SKP)	Finnland
Vasemmistoliitto (VAS)	Finnland
Eestimaa Ühendatud Vasakpartei (EÜVP)	Estland
Belarusian Party of the Left "Fair World" (BSM)	Weißrussland

Linken wollen der Krise mit einer Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, die Binnennachfrage und Konjunktur ankurbeln soll, begegnen. Der Fokus liegt auf der Forderung staatlicher Investitionen und der Kritik des Rückzug des Staates von wichtigen ökonomischen und sozialen Aufgaben.

Unter den Mitgliedsparteien der EL gibt es acht Parteien mit mehr als 30 000 Mitgliedern und stabiler parlamentarischer Präsenz. Daneben versammelt die EL auch mittelgroße Linksparteien mit 8000 bis 17 000 Mitgliedern, die in Parlamenten vertreten sind. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl außerparlamentarischer Kleinpar-

teien mit 5000 oder weniger Mitgliedern (wie die Deutsche Kommunistische Partei oder die Kommunistische Partei Österreichs).⁷ Insgesamt vereint die EL über 500 000 Mitglieder.

Linksparteien in Europa

Die Linksparteien in Europa befinden sich gegenwärtig in sehr unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung. Während die skandinavischen Parteien alle ein starkes ökologische Profil haben und bemüht sind, übergreifende sozial-ökologische transformatorische Prozesse anzustoßen und nur noch rudimentär die Bezeichnung „sozialistisch“ im Namen oder Programm verwenden, sind andere Parteien, wie die PCF in Frankreich oder PdCI und PRC in Italien, noch immer stark eurokommunistisch (2. Zäsur) geprägt. Der Bloco de Esquerda (BE) aus Portugal und die SP der Niederlanden sind stark aktionsorientiert und stellen demokratisch-sozialistische Parteien dar, die in zwei unterschiedlichen Phasen (SP 3. Zäsur, BE 5. Zäsur) als Sammlungsparteien der neuen Linken entstanden sind. DIE LINKE und die KSČM hingegen haben sich im Zuge der vierten Zäsur (1989-1990) herausgebildet und unterschiedliche Entwicklungspfade eingeschlagen. Während DIE LINKE den demokratisch-sozialistischen reformierten staatssozialistischen Parteien zugerechnet werden kann, gehört die KSČM zum Lager der Kommunistischen Parteien. Während etwa die Kommunistische Partei Portugals (PCP) eine klassische kommunistische Partei ist (1. Zäsur), ist die französische Parti de Gauche (5. Zäsur) eine links-sozialdemokratische Formation. Als linkssozialistische Parteienallianzen klassifiziert werden können die spanische Izquierda Unida (3. Zäsur) oder die griechische Syriza (6. Zäsur), deren dominanter Kern, Synaspismos, in der 2. Zäsur (1968/69) entstand. Auch die spanische Podemos ist, wie Syriza, im

Zuge der 6. Zäsur entstanden. Sie stellt im Unterschied zur griechischen Schwesterpartei jedoch keine linkssozialistische Parteienallianz, sondern eine Bewegung mit Parteistatut dar.

Nicht alle Linksparteien in Europa lassen sich, auch aufgrund von parteiinternen Debatten und Flügelauseinandersetzungen, eindeutig zuordnen. Die dänische rot-grüne Einheitsliste etwa ist aus einer linkssozialistischen Parteienallianz heraus entstanden, weist programmatisch aber auch Eigenschaften einer linksgrünen Formation auf. Die nebenstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Einordnung der Parteien vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgeschichte.

Deutlich wird, dass die unterschiedlichen Zäsuren zur Ausformung spezieller Typen von Linksparteien führten. Diese füllten eine Lücke der politischen Vertretung, die die jeweils existierenden Linksparteien nicht zu besetzen vermochten. Das bedeutet zugleich, dass es gleichzeitig unterschiedliche Formen von Linksparteien gegeben hat und gibt, die ihre politische Relevanz im Parteienwettbewerb nachweisen können.

Im Folgenden sollen vier unterschiedliche Parteienformationen vorgestellt werden, die es möglich machen, die Geschichte der Linken in Europa und ihre Vielschichtigkeit nachzuvollziehen.

Zunächst werden die griechische „Koalition der Radikalen Linken“ (Syriza) und ihre aktuellen Herausforderungen als Regierungspartei beschrieben. Syriza ist ein klassisches Parteienbündnis, welches im Zuge der Anti-Austeritätsbewegungen und -proteste entstanden ist. Dennoch reicht die Geschichte des konstituierenden Teils – Synaspismos (SYN) – bis zur Spaltung der Kommunistischen Partei 1968/69 zurück. Synaspismos selbst hat ihren Charakter im Zuge der Herausbildung neuer sozialer Bewegungen in den 1980er Jahren und der Antiglobalisierungsbewegung in den 2000er Jahren wiederholt verändert. Mit Syriza gelang es schließlich die Entwicklung von einem Splitterbündnis mehrerer

⁷ Die Mitgliedszahlen müssen freilich immer in Relation zum Bevölkerungsaufkommen in den jeweiligen EU-Staaten gesehen werden; vgl. Anna Striethorst: Mitglieder und Elektorate von Linksparteien in Europa, in: Daiber u.a., a.a.O., S. 90

Tabelle 4: Untergruppen der Familie der Linksparteien in Europa (GUE/NGL & EL)⁸

	Kommunisten	Reformkommunisten	Linkssozialdemokratische Parteien	Linkssozialistische Parteiallianzen	Links-grüne Parteien	Bewegung mit Parteistatut	Reformierte Staatssoz. Partei
Beispiele	PCP, KSČM, SKP, DKP, PC, KSS, PCRM, PSR, BSM	PCF, PdCI, PRC, KPÖ, PCE, AKEL	SP, SDS, PdA, PG, SF, V	BE, Syriza, IU, EuiA, GU, DIE LINKE, EL,	ÖDP, EL, VAS, SF, V	Podemos	DIE LINKE, KSČM, KSS
Alternative/Weg	Kommunistische Gesellschaft, Revolution	Kommunistische Gesellschaft, revolutionäre Transformation	Solidarische Gesellschaft mit demokratischen Beteiligungsstrukturen	Demokratischer Sozialismus, emanzipatorischer Prozess	Sozialökologische, feministische & nachhaltige Gesellschaft, Transformation	Basisdemokratische Gesellschaft, Volksdemokratische Plebiszite	Demokratischer Sozialismus vs. komm. Gesellschaft
Kooperationsformen	Avantgarde	relativierte Avantgarde	polit. Bündnisse – Mitte-Links Koalitionen mit Sozialdemokratie	breite ges. Bündnisse als Voraussetzung für pol. Bündnisse mit Sozialdemokratie	rot-grüne Bündnisse und gesellschaftliche Bündnisse	Bündnisse der Bevölkerungsschichten gegen Oligarchien	breite gesell. Bündnisse vs. Avantgarde (KSČM & KSS)

Kleinstparteien zur größten Oppositions- und dann zur Regierungspartei.

Die spanische Izquierda Unida (Vereinigte Linke, IU) hat ihre Wurzeln in den neuen sozialen, alternativen Bewegungen der 1980er Jahre. Einfluss auf ihre Politik übt dennoch in hohem Maße die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) aus. Im Unterschied zu Syriza ist die IU nach wie vor eine Allianz verschiedener (und teilweise regionaler) Linksparteien. Auch wenn sie in den Anti-Austeritätbewegungen der vergangenen Jahre aktiv war, gehört die IU nicht zu den neuen Anti-Aus-

teritätsparteien. Diese Form der Linken wird in Spanien durch Podemos repräsentiert, welche in dieser Studie ebenfalls vorgestellt werden soll. Podemos gehört zu den jüngsten Linksparteien in Europa, die keine direkten historischen Vorläufer hat. Man kann Podemos als Bewegung mit Parteistatut beschreiben, da sie zwar offiziell als Partei registriert, aber in ihrer Organisation kaum mit klassischen Parteien zu vergleichen ist.

Schließlich soll mit der bundesdeutschen DIE LINKE eine Partei vorgestellt werden, deren Wurzeln in einer reformierten staatssozialistischen Partei des ehemaligen Ostblocks liegen. Zwar agiert sie seit der Fusion mit der westdeutschen WASG als gesamtdeutsche Partei, dennoch wer-

⁸ Vgl. auch Cornelia Hildebrandt: Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa, in: Daiber u.a., a.a.O., S. 18f.

den die programmatischen Inhalte noch immer stark von der Auseinandersetzung mit dem gescheiterten Sozialismusversuch in Osteuropa geprägt. DIE LINKE gehört zu den stabilsten und größten Linksparteien in Europa und ist vor diesem Hintergrund eine tragende Säule der EL.

Alle vier Parteien thematisieren vergleichbare programmatische Forderungen, begegnen den aktuellen politischen Herausforderungen aber mit unterschiedlichen strategischen und organisatorischen Konzepten. Während Syriza nach einem breiten gesellschaftlichen Sammlungsprozess nun an der Herausbildung einer gemein-

samen Identität als Linkspartei arbeitet, setzt die IU auf die Beibehaltung des Parteienbündnisses. Und während Podemos mehr Bewegung bleiben als Partei werden will, tritt DIE LINKE als klassische Parteiformation in den politischen Wettbewerb um Mehrheiten. Allen vier Parteien ist gemein, dass sie dann erfolgreich sind, wenn sie Sammlungsprozesse anstoßen und die Pluralität der Akteure miteinander verbinden. Im Unterschied zu klassischen kommunistischen Parteien proklamieren sie keine Avantgarderolle. Dabei zeigen diese Beispiele auch, dass die Linke in Europa wieder eine Rolle beim Kampf um alternative Mehrheiten spielen kann.

2. Syriza und der europäische linke Frühling

Das Wochenmagazin „Der Spiegel“ verglich ihn einst mit Elvis Presley. Wenn er die Bühne betritt, brechen seine Anhänger in Jubel aus – wie Anfang 2015, als Alexis Tsipras vor tausenden Sympathisanten in Athen den Wahlkampf von Syriza einläutete. Während die regierende konservative Nea Dimokratia (ND) in einem Konferenzhotel in den Wahlkampf startete, für die Sozialdemokratie (PASOK) gerade eine Cafeteria ausreichte und deren Ex-Chef Papandreou sein Spaltprojekt in einem Museum vorstellte, kannte der Zustrom zu Syriza kaum Grenzen. Positiv beschrieben wurde Tsipras in den europäischen Medien trotzdem selten. Kurz vor der Parlamentswahl 2012 bezeichnete ihn das größte deutsche Boulevardblatt „Bild“ als Halbkriminellen, der „mit gewalttätigen Anarchisten“ sympathisiere. Auch zu Beginn des Jahres 2015 fielen die medialen Beschreibungen für den charismatischen Parteichef wenig schmeichelhaft aus.

Von Synaspismos zu Syriza

Die Gründungstage der griechischen Linkspartei beginnen mit der Spaltung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE). Von der wäh-

rend der griechischen Militärdiktatur (1967-1974) illegalisierten KP trennte sich 1968 ein später als eurokommunistisch bezeichneter Flügel. Nach dem Ende der Militärdiktatur entwickelte sich ein Teil der Eurokommunisten zur undogmatischen und den neuen sozialen Bewegungen nahe stehenden „Griechischen Linken“ (EAR) weiter. Ende der 1980er Jahre, inmitten einer skandalbedingten Krise der sozialdemokratischen PASOK-Regierung, formte die EAR mit der marxistisch-leninistischen KKE die „Koalition der Linken und des Fortschritts – Synaspismos“ (SYN). Obwohl das Wahlbündnis von Anfang an ein fragiles Gebilde war, erhielt es 1989 bei der Parlamentswahl 13 Prozent der Stimmen. Interne Auseinandersetzungen und der Kollaps der Sowjetunion führten 1991 wieder zum Bruch, aber undogmatische Linke und sogenannte KKE-Reformer entschieden sich im Jahr darauf, das Bündnis Synaspismos in eine Partei umzuwandeln. 1996 gelang dieser neuen Formation der Einzug ins Parlament (Vouli). In den folgenden Jahren rang die Partei beständig darum, die geltende Dreiprozenthürde zu überwinden.

Im Jahr 2000 erfolgte die erste große Spaltung der Partei. Protagonisten des rechten Flügels

wanderten zur Sozialdemokratie ab, und Synasmos rückte weiter nach links. Dies ermöglichte es der Partei, weitere linke Gruppen und die gerade erst in Europa entstehenden globalisierungskritischen Bewegungen einzubinden. Kurz vor der Parlamentswahl 2004 wurde so zum ersten Mal die „Koalition der radikalen Linken – Syriza“ gebildet, welche aber nur etwa 3,3 Prozent der Stimmen errang. Das Wahlbündnis zerfiel daraufhin weitgehend. Erst 2007 konnte Syriza wiederbelebt werden. Fundament der teils weit auseinander stehenden Parteien und Gruppierungen waren erneut der Kampf gegen den neoliberalen Umbau Griechenlands und die enge Bindung an neue soziale Bewegungen. Trotz der Tatsache, dass auch maoistische und trotzkistische Gruppen in Syriza mitarbeiteten, blieb Synasmos stets die tragende Säule des Bündnisses. Trotz einer tiefen EU-Skepsis innerhalb des Bündnisses gelang es, den Verbleib Griechenlands in der EU programmatisch durchzusetzen.

Nach dem mit fünf Prozent gestärkten Einzug ins Parlament 2007 schlossen sich weitere linke, soziale und ökologische Gruppen dem Wahlbündnis an. Bei der Wahl 2009 ging der Stimmenanteil jedoch auf 4,6 Prozent zurück. Der immer wieder aufkommende Flügelstreit führte während der einsetzenden Finanzkrise beinahe zur endgültigen Spaltung des Bündnisses. 2010 verließ dann ein großer Teil des rechten Flügels Synasmos und gründete „als konstruktive, linke Opposition“ zu PASOK die „Demokratische Linke“ (DimAr). Der Parteiführung um Alexis Tsipras gelang es in der Folge, die neuen Spielräume zu nutzen, Synasmos weiter zu öffnen und enttäuschte Mitglieder von PASOK, aber auch von der KKE, für eine Mitarbeit in Syriza zu gewinnen.

Bei der Wahl am 6. Mai 2012 erhielt Syriza dann mit knapp 17 Prozent den zweitgrößten Stimmenanteil. Nachdem Koalitionsversuche der erstplatzierten ND gescheitert waren, erhielt Tsipras, der immer für ein gemeinsames Bündnis

aller linken Kräfte geworben hatte, den Auftrag zur Regierungsbildung. Seine Versuche scheiterten aber. Tsipras' Weigerung, eine Koalition mit PASOK einzugehen und stattdessen weiterhin für eine Linksregierung zu werben, ließen die Umfragewerte für Syriza indessen weiter steigen. Diese sagten ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit ND für den nun notwendig gewordenen neuen Wahlgang voraus. Größtes Hindernis für Syriza sollte aber nicht die ND, sondern eine Besonderheit des griechischen Wahlsystems sein. Dieses spricht der stärksten Partei 50 Bonussitze in dem gerade einmal 300 Sitze zählenden Parlament zu. Da nur Parteien und nicht Wahlbündnisse davon profitieren, ließ sich Syriza noch vor dem Urnengang am 17. Juni 2012 als Partei registrieren. Syriza legte zehn Prozent zu und erzielte 26,9 Prozent, verfehlte aber knapp das Ziel, stärkste Partei zu werden. Die Steigerung des Wahlergebnisses von 4,6 (2009) auf 26,9 Prozent (2012) ist historisch beispiellos für die Linke in Europa. Dies wurde nur möglich, weil es der Linkspartei gelang, aus einem über zwei Jahrzehnte fragilen Bündnis eine gemeinsame Partei zu formen, ohne den Charakter als breites politisches Bündnis zu verlieren.

Gemeinhin wird unter europäischen Linken die Zeit nach dem Syriza-Wahlsieg vom Januar 2012 als europäischer linker bzw. roter Frühling bezeichnet. Meiner Ansicht nach nahm dieser Frühling allerdings bereits Jahre vor der Regierungsübernahme seinen Anfang. Das seit vier Jahren von einer verheerenden Wirtschafts- und Finanzkrise erfasste Griechenland hatte mit den Parlamentswahlen vom Mai und Juni 2012 Aufmerksamkeit in Europa erregt. Der Grund hierfür lag, neben dem Abschneiden der Linken, in der zunehmenden Fragmentierung des politischen Systems und der Unfähigkeit, in Athen zu stabilen Mehrheiten zu gelangen. Neu daran war, dass sich nicht länger die Lager um ND und PASOK gegenüberstanden, sondern die Befürworter und Gegner der Austeritätspolitik. Die beiden „Volksparteien“ sahen sich mit erstarkenden politischen Rändern konfrontiert, die zuvor ledig-

lich als Legitimationsgehilfen der Demokratie fungiert hatten. Nie waren die kleinen Parteien an Koalitionsregierungen beteiligt gewesen, nun aber brauchte man sie plötzlich. Die Zeiten des bloßen Mehrheitenwechsels zwischen ND und PASOK waren vorüber.⁹

Dass die beiden herrschenden Parteien dennoch zunächst an den Hebeln der Macht blieben, lag nicht nur an dem ungeheuren (medialen) Druck aus Europa, sondern auch an der Linken in Griechenland. Die Linke – die in die drei Parlamentsparteien Syriza, KKE und DimAr gespalten war – sah sich nicht in der Lage zu gemeinsamem Handeln. Vielmehr kultivierten DimAr und KKE ihre Abneigung gegenüber Alexis Tsipras und lehnten jede prä- sowie post-elektorale Kooperation ab. Dass es im Juni 2012 schließlich doch noch für eine Koalitionsregierung aus ND und PASOK reichte, lag allerdings primär am Wahlsystem mit den 50 Bonussitzen für die ND. Zugleich aber hatte die Wahl gezeigt, dass Syriza nicht nur Protestwähler erreichte, sondern 27 Prozent der Wähler hinter einer Anti-Austeritätspolitik versammeln konnte, die auf Gegenwehr *und* auf gestalterischer Verantwortung fußte. Dies illustriert zugleich, dass eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie ins Zentrum der Auseinandersetzung in Griechenland gerückt war: die Austeritäts- und Troikapolitik.

Syrizas Wahlsieg

Die Abstimmung über eine neue Kürzungsrunde im Haushaltsplan der konservativ-sozialdemokratischen Koalition am 7. Dezember 2014 offenbarte, dass die Regierung von Antonis Samaras (ND) die Unterstützung von 180 Abgeordneten im Parlament nicht mehr sicher hatte. Diese Stimmenanzahl ist laut Verfassung notwendig, um einen neuen Staatspräsidenten (im dritten Wahlgang) zu wählen, und diese Abstimmung

stand turnusmäßig zwei Monaten später an. Die Regierungskoalition, die nach dem Ausscheiden von DimAr aus dem Regierungsbündnis nur noch über eine knappe Mehrheit verfügte, ergriff die Flucht nach vorn und zog die Wahl des neuen Staatspräsidenten vor. Damit wollte man Druck auf die eigenen Abgeordneten ausüben und gleichzeitig die über den Haushaltsplan verankerte Sparpolitik durchzusetzen. Die Ankündigung, die Präsidentenwahl vorzuziehen, stand zudem im Zusammenhang mit der Erklärung der Euro-Gruppe, das „Rettungsprogramm“ verlängern zu wollen – sprich: das Land weiter unter dem Diktat der Troika zu belassen. Dabei hatte Samaras noch wenige Wochen zuvor in Aussicht gestellt, dass die Spardiktate der Troika demnächst ein Ende haben würden.

Im den ersten beiden Wahlgängen verfehlte die Koalition mit nur 160 bzw. 168 Stimmen die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Wahl des Präsidenten. Für den dritten und letzten Wahlgang, bei dem nur noch 180 Stimmen erforderlich waren, rechnete Samaras mit einer Zustimmung von Abgeordneten der Parteien DimAr and ANEL, die laut Umfragen bei vorgezogenen Neuwahlen nur schlechte Aussichten hatten, erneut ins Parlament einzuziehen.

Syriza machte zwischen den Wahlgängen deutlich, dass die Partei auf vorgezogene Neuwahlen bestand. Das griechische Volk müsse zunächst die Möglichkeit haben, über die Zukunft des Landes – den Haushaltsplan – abzustimmen. Nachdem auch der dritten Wahlgang am 29. Dezember 2014 der Koalition nicht die notwendige Stimmenmehrheit von 180 Abgeordneten erbracht hatte, rief Samaras Neuwahlen für den 25. Januar 2015 aus.

Der Wahlkampf 2015 dauerte weniger als einen Monat, war aber ausgesprochen intensiv. Wer geglaubt hatte, die europaweite mediale und politische Kommentierung des Wahlkampfes 2012 sei intensiv gewesen, der wurde 2015 eines Besseren belehrt. Man muss lange suchen, um

⁹ Vgl. Dominic Heilig: Griechenland: Europa streitet wieder über Alternativen, 2012, sowie ders.: Die Parlamentswahlen in Griechenland, 2012, beide www.rosalux.de.

eine Wahl in einem EU-Mitgliedstaat zu finden, die europaweit derart aufmerksam verfolgt wurde. Positiv gesehen hatte diese Wahl damit – weit mehr als die im Jahr zuvor abgehaltene Europawahl – eine europäische Dimension. Nüchtern betrachtet muss man allerdings konstatieren, dass noch nie zuvor ein derart offensiver Versuch unternommen wurde, von außen Einfluss auf das Wahlverhalten in einem EU-Land zu nehmen. Dies war vor allem dem Umstand geschuldet, dass Syriza in den Umfragen führte, was den konservativen und sozialdemokratischen Eliten in Europa einen gehörigen Schrecken in die Glieder jagte. Sie befürchteten, damit eine symbolische Niederlage für ihre neoliberale Kürzungspolitik zu kassieren, die zudem eine Sogwirkung auf die folgenden Wahlen in den Krisenstaaten Spanien, Portugal und Irland ausüben könnte. Besonders in Deutschland, dem für die aktuelle europäische Politik maßgeblichen EU-Staat, fühlten sich viele Politiker berufen, das Wahlprogramm von Syriza zu kritisieren. Flankiert von auflagenstarken Medien drohten Regierungsmitglieder für den Fall eines Erfolges der Linkspartei mit einem Euroaustritt bzw. einem Euroausschmiss Griechenlands („Grexit“).

Diese Angriffe erzeugten auch Gegenwehr. Europaweit entwickelte sich ein Kampf zwischen den politischen Lagern – Troikabefürworter vs. Linke – um die Hegemonie im griechischen Parlament. Delegationen prominenter Linkspolitiker reisten zur Unterstützung nach Athen, organisierten Solidaritätsaktionen und versuchten, die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen, ihre Politik gegenüber Athen zu korrigieren. Im Zuge dieser Auseinandersetzung entwickelte sich erstmals ein europäisches linkes Bewusstsein. Nachdem die EL Alexis Tsipras bereits 2014 als ihren Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten in den Wahlkampf geschickt hatte, wurde er nun erneut zu ihrem europäischen Kandidaten. Nie zuvor hat der Wahlkampf einer Linkspartei über Ländergrenzen hinweg eine solch große Mobilisierung auch ihrer Partnerparteien bewirkt.

Stichwortgeber für die konservative europaweite Kampagne waren die konservative Nea Dimokratia und ihr Regierungschef Samaras. Sollte Tsipras die Wahl für sich entscheiden, werde das Land sich isolieren und ohne starke Währung dastehen, warnte Samaras. Er betonte immer wieder, dass das Land bereits eine „weite und schmerzhafteste Strecke an Einsparungen und Konsolidierungen hinter sich gebracht“ habe, was sich nun als vergeblich erweisen könnte. Ähnlich formulierte es der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er warnte Athen davor, den von der Troika verordneten „Reformkurs“ zu verlassen, und verwies auf die milliardenschweren Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB), die direkt vor dem Wahlsonntag in Athen begonnen hatten. Die Kampagne der politischen Rechten basierte also auf Angstmache und „Weiter so“.

„Syriza bringt die Hoffnung zurück“, war hingegen das Motto der Linkspartei. Die Syriza-Kampagne fußte auf zwei Säulen: dem Kampf um Demokratie, das heißt die Rückgewinnung der Souveränität der Griechen, und einem detailliert ausgearbeiteten, aber allgemeinverständlich formulierten Wirtschaftsprogramm zur Überwindung der Krise. Syriza hatte seit der Parlamentswahl 2012 zahlreiche namhafte Wirtschaftswissenschaftler um sich geschart und ein eigenes Programm für die zukünftige Regierungsarbeit ausarbeiten lassen.¹⁰ Kernforderung war die Ablehnung des Memorandums (Troikaverträge) und dessen Ersetzung durch ein alternatives Wirtschafts- und Sozialprogramm. Dieses Programm basierte auf:

- ⇒ Beendigung der Austeritätspolitik und Wiedereinsetzung der Kollektivverträge sowie Abschaffung arbeitsrechtlicher Vorschriften, die durch die Memoranden eingeführt wurden;
- ⇒ Bekenntnis zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Ankurbelung des Arbeitsmarktes

¹⁰ Vgl. das Interview mit John Milios, in: „Neues Deutschland“, 22.1.2015.

und Einführung eines fairen Steuersystems sowie eine demokratische Umgestaltung des verkrusteten politischen Systems;

- ⇒ Streichung des größeren Teils des nominalen Werts öffentlicher Schulden auf einer Schuldenkonferenz;
- ⇒ Einbeziehung einer Wachstumsklausel in die Rückzahlung der verbleibenden Schulden, so dass sie entsprechend der Wachstumsrate anstatt mit Haushaltsmitteln getilgt werden;
- ⇒ Europäischer New Deal für öffentliche Investitionen, finanziert von der Europäischen Investitionsbank.¹¹

Dem Athener Parlament gehörten seit der Juniwahl 2012 sieben Parteien an. Mit Ausnahme von DimAr konnten sich alle Hoffnungen auf einen Wiedereinzug machen. 2015 traten nun insgesamt 22 Parteien an. An der Grenze der Parlamentshürde bewegten sich in den Umfragen die sozialdemokratische PASOK, deren – vom ehemaligen PASOK-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou gegründete – Abspaltung KIDISO sowie die Unabhängigen Griechen (ANEL). Die erst 2014 gegründete Partei To Potami (Der Fluss) wurde in allen Umfragen sicher im Parlament gesehen.

Am Wahlabend des 25. Januar 2015 war frühzeitig klar, dass Syriza stärkste Partei werden würde. Auch zeichnete sich rasch ab, dass es Papandreou mit seiner Abspaltung KIDISO nicht ins Parlament schaffen und seine ehemalige Partei, die PASOK, mit 4,7 Prozent der Stimmen ein ganz schwaches Ergebnis einfahren würde. Dies ist gerade noch ein Zehntel der Stimmen, die die einstige Volkspartei nach dem Sturz der Militärdiktatur in den 1980er Jahren sammeln konnte. Selbst die KKE lief mit 5,5 Prozent noch vor PASOK ins Parlament ein.

¹¹ Vgl. das Regierungsprogramm: www.transform-network.net/de/fokus/griechenland-entscheidet/news/detail/Programm/what-the-syriza-government-will-do.html.

Ernüchternd hingegen war das Ergebnis der ND-Abspaltung ANEL, die, ebenfalls knapp vor PASOK, mit drei Prozent Verlust ins Parlament einzog. Die aus Protest gegen die Troikapolitik hervorgegangene wirtschaftsliberale Partei To Potami blieb hinter den Erwartungen zurück und erzielte sechs Prozent der Stimmen, etwas weniger sogar als die Faschisten der „Goldenen Morgenröte“. Klarer Wahlverlierer war – neben DimAr, die aus dem Parlament flog – die bisherige konservative Regierungspartei unter Ministerpräsident Samaras.

Syriza aber erzielte 36,3 Prozent und wurde zur stärksten Partei. Damit hatte Alexis Tsipras den Wählerauftrag, die erste linksgeführte Regierung in der Geschichte der EU zu bilden.

Der europäische linke Frühling verliert seine Blüten

Die ersten Wochen nach dem Syriza-Wahlerfolg war die europäische Linke in euphorischer Stimmung. „Wir sind in Athen gestartet, als nächstes nehmen wir Madrid“, hieß es. Zum ersten Mal demonstrierten in den Hauptstädten Europas Linke für und nicht gegen eine Regierung.

Doch die erste Bewährungsprobe für die neue griechische Regierung stand bereits im Februar 2015 an, als weitere Zahlungen, noch mit der Vorgängerregierung in einem zweiten Hilfspaket ausgehandelt, durch Athen angewiesen werden mussten, wofür wiederum frische Kredite der Eurozone nötig waren.

Tsipras überstand diese Bewährungsprobe ebenso wie die linke Kritik in Europa, die sich gegen die Auswahl seines Koalitionspartners ANEL sowie dagegen richtete, dass seiner Regierung keine einzige Frau in Ministerrang angehörte. Mit Blick auf seinen Koalitionspartner hatte Tsipras allerdings – nachdem die KKE noch am Wahlabend erklärt hatte, als Koalitionspartner nicht zur Verfügung zu stehen – nur wenig Handlungsspielraum. Wollte er nicht sein

Wahlversprechen brechen, mit keiner der tragenden Parteien des alten Systems zu koalieren, blieb nur die Zusammenarbeit mit ANEL, einer rechtspopulistischen, klerikalen und chauvinistischen Formation. Sie war von Ex-ND-Mitgliedern gegründet worden, die aus Gegenwehr zu den Sozialkürzungen der Regierung ihre Partei verlassen hatten. Hier lag denn auch der Minimalkonsens der ungleichen Partner: die Austeritätspolitik zu beenden.

Im Frühjahr versuchte die Regierung Tsipras, neue Bedingungen für einen Schuldenschnitt mit den Mitgliedern der Eurozone auszuhandeln. Viele Linke hegten große Hoffnungen auf einen Kurswechsel in Europa, auf eine Alternative zu Austeritätsdiktat und deutscher Krisenpolitik. Angesichts der realen Kräfteverhältnisse begann man allerdings schon zu ahnen, dass es zunächst um „Kompromisse des Zeitgewinns und des Offenhaltens von Spielräumen“ gehen würde.¹² Man habe „mehr verhandelt als regiert“, sollte Alexis Tsipras später im Europaparlament erklären. „Unter Umständen des finanziellen Erstickens waren unsere Fürsorge, unsere Sorge, unsere Überlegung mehr, wie wir es schaffen werden, die griechische Wirtschaft am Leben zu erhalten.“¹³

Ende Juni jedoch war klar, dass es zu keiner Einigung zwischen Athen und der Eurogruppe kommen würde. Tsipras war den Gläubigern in den unzähligen Verhandlungsrunden weit entgegengekommen, doch suchten diese gar keinen Kompromiss. Sie wollten diese Regierung so rasch wie möglich wieder loswerden – aus prinzipiellen Gründen, aber auch als Signal an andere Krisenstaaten, in denen ebenfalls Wahlen anstanden und die Linke immer stärker wurde.

Besonders an der Person des griechischen Finanzministers, Yanis Varoufakis, schieden sich

12 Tom Strohschneider, Nach dem Frühling, in: ND-Dossier: Deutsch-Europa gegen Syriza. #ThisIsACoup, 2015, S. 3.

13 Zit. nach ebd.

die Geister, die Verhandlungen nahmen eine zunehmend personalisierte Form an. Wochenlang wurde zwischen Syriza und den Vertretern von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU über eine Verlängerung des Kreditprogramms für Griechenland verhandelt. Auf dem ultimativen Treffen der Eurofinanzminister am 25. Juni konnte letztlich keine Einigung erzielt werden. EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte auf dem Treffen der Regierungschefs mit Blick auf Athen: „The game is over“ – Das Spiel ist aus. Tsipras packte seine Koffer. Am folgenden Tag trat Tsipras mit der Erklärung an die Öffentlichkeit, dass er sich entschieden habe, den Griechen die letzten Bedingungen der Gläubiger zur Fortsetzung des seit 2012 laufenden Kreditprogramms zur Volksabstimmung vorzulegen. Gleichzeitig bat er die Bevölkerung um ihre Ablehnung, da das vorgelegte Papier „schlimmer als das ursprüngliche Memorandum von 2010“ sei. Das europäische Establishment war entsetzt.

Dieses Vorgehen lag aus der Sicht von Syriza nahe – schließlich ging es der Partei, neben der Bewältigung der Krise im Land, auch um eine Demokratisierung des europäischen Währungssystems. Dennoch konnte sich der Ministerpräsident alles andere als sicher sein, ob er eine Mehrheit für sein *OXI* (Nein) bekommen würde. Weil sich in den Verhandlungen nichts bewegte, war die Kritik im eigenen Lager in den Wochen zuvor lauter geworden. Während einige mehr Zugeständnisse forderten, verlangten andere einen härteren Kurs gegenüber Brüssel und brachten einen Grexit ins Spiel. Viele Menschen in Griechenland vermissten angekündigte Reformen – diese aber waren für die Regierung nur machbar, wenn dafür auch die Grundlagen bestünden, sprich: die Gläubigerbedingungen geändert würden. Auch innerhalb der EL wuchs die Kritik an Tsipras. Alternativen aber formulierten seine Kritiker nicht.

Was auf die Ankündigung Tsipras' folgte, glich dem Januar-Wahlkampf: Europäische Politiker,

allen voran aus Deutschland, mischten sich öffentlich ein und machten Stimmung gegen das von Syriza verlangte Votum. Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem bezeichnete das Referendum als eine „traurige Entscheidung für Griechenland“, mit der die Tür zu weiteren Gesprächen zugeschlagen worden sei.¹⁴ Entsprechend diskutierte die Eurogruppe eine temporäre Bankenschließung und Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland – bis zum Referendum, welches bereits eine Woche später stattfinden sollte. Die EZB drängte die griechische Regierung, diesen Maßnahmen zuzustimmen. Den Rahmen für Ausfallkredite für griechische Banken hingegen wollte die EZB nicht ausweiten; auf diese Weise sollte der Druck auf Athen verstärkt werden.

Diese Schritte zeigen, dass die EZB eine Politik betrieb, die sich gegen die gewählte Regierung richtete. Athen musste der Schließung der Banken eine Woche vor dem Referendum zustimmen; ab sofort konnten die Bürgerinnen und Bürger nur noch 60 Euro pro Tag abheben. Die Wirtschaft in Griechenland kam praktisch zum Erliegen. Der bundesdeutsche Wirtschaftsminister, Sigmar Gabriel (SPD), erklärte das Referendum sogar zur Grexit-Frage: Ein Nein wäre, so der SPD-Vorsitzende, ein klares Zeichen gegen einen Verbleib im Euro. Eurogruppenchef Dijsselbloem stimmte dem zu: „Sollten die Griechen beim Referendum mit OXI votieren, gibt es nicht nur keine Basis für ein neues Kreditprogramm, sondern dann ist es sehr fraglich, ob es überhaupt eine Basis für Griechenland in der Eurozone gibt.“¹⁵

Umfragen deuteten lange auf ein knappes Rennen zwischen dem OXI-Lager der Linken und jenen, die gegen die Regierung Tsipras votieren wollten. Am 5. Juli jedoch wurde das Referendum zu einem fulminanten Sieg des Tsipras-Lagers, das auf 61,3 Prozent kam. Noch einmal atmeten griechische und europäische Linke gemeinsam auf. Noch einmal zogen Linke in Europa Kraft aus

diesem so nicht erwarteten Abstimmungssieg. Noch einmal hatte es Syriza gegen alle Widerstände des Establishments, gegen Merkel und die Eurogruppe geschafft. Die Wut der Neoliberalen war auch deshalb so groß, weil die Zahlen aus Griechenland so beeindruckten: Die 18- bis 24-Jährige sagten zu 85 Prozent Nein zur Austeritätspolitik, die Angestellten im öffentlichen Sektor zu über 70 Prozent und fast 73 Prozent der Erwerbslosen. Doch die Gretchenfrage war: Wie würde es nun weitergehen?

Am Tag nach dem Referendum trat Finanzminister Yiannis Varoufakis mit der Begründung, er wolle den Konflikt in der Eurogruppe entpersonalisieren und den Weg für neue Verhandlungen freimachen, von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger, Efkklidis Tsakalotos, der bereits zwei Tage nach dem Referendum in Brüssel die Verhandlungen übernahm, drang aber mit seinen Vorschlägen ebenso wenig durch wie zuvor Varoufakis. Längst ging es nicht mehr um Griechenland, sondern um die Frage, ob der Euro zu einer Zwangsjacke würde, in der Demokratie keinerlei Bewegungsspielraum mehr habe.

Am Donnerstagabend nach dem Referendum übersandte die griechische Regierung ein neues Papier an die EU-Institutionen mit neuen Vorschlägen, die den alten Bedingungen der Gläubiger weit entgegenkamen. Insgesamt sollte das Volumen der Maßnahmen aus Ausgabenkürzungen und Einnahmesteigerungen rund 13 Mrd. Euro betragen. Im Gegenzug wollte Athen Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von mindestens 53,5 Mrd. Euro über drei Jahre, um bis 2018 Schulden bezahlen zu können, ein Investitionspaket sowie Zugeständnisse beim Primärüberschuss und bei Schuldenerleichterungen.

Manche Linke in Europa sahen dieses Papier als Umdeutung oder gar als „Verrat“ am OXI, und auch der linke Syriza-Flügel beehrte auf und verlangte den Austritt des Landes aus dem Euro. Tsipras widersprach dem Euroaus-

¹⁴ Zit. nach ebd., S. 5.

¹⁵ Zit. nach ebd., S. 7.

tritt vehement und bat das Parlament um ein Mandat für weitere Verhandlungen. Der Ministerpräsident erhielt zwar eine satte Mehrheit, aber die Regierungskoalition verfehlte zugleich ihre eigene Regierungsmehrheit. Einen Tag später drohte der bundesdeutsche Finanzminister erneut: Entweder die griechische Regierung akzeptiere die Bedingungen der Gläubiger oder sie müsste die Eurozone verlassen. Damit stand der deutsche Vorschlag eines (befristeten) Euro-Ausstiegs Athens auf der Tagesordnung.

Am 12. Juli trafen die Regierungschefs der Eurozone zusammen und verhandelten bis in die Nacht. Tsipras erhielt dabei keinerlei Unterstützung aus anderen Mitgliedstaaten. Später würde das Wort vom „mentalen Waterboarding“ die Runde machen. In jedem Fall muss der Druck auf den Regierungschef, der vor die Wahl zwischen Euro-Rauswurf und einem schlechten Gläubiger-Paket gestellt wurde, enorm gewesen sein.¹⁶

Am nächsten Morgen stand fest: Tsipras akzeptiert die Forderungen der Eurogruppe. Es sei „in diesem harten Kampf“ gelungen, begründete er, eine Umstrukturierung der Schulden zu erreichen; außerdem liege mit dem neuen ESM-Programm eine Lösung auf dem Tisch. Zugleich sprach Tsipras aber auch von „unserer verlorenen demokratischen Souveränität“. #ThisIsACoup wurde zum Hashtag Nr.1 in den sozialen Medien. Die Linke in Griechenland

und in Europa war geschockt. Infolge des mit den Gläubigern vereinbarten Kreditprogramms verlor Tsipras endgültig die Mehrheit im Parlament, weil Mitglieder des linken Flügels das Abkommen nicht mittragen wollten. In mehreren Abstimmungen über den Reformkurs der Regierung verweigerte bis zu ein Drittel der Fraktion Tsipras die Gefolgschaft. Mehrheiten erhielt die Regierung nur durch Stimmen der Opposition. Am 20. August erklärte Tsipras deshalb seinen Rücktritt als Ministerpräsident, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen.

Der als „linke Plattform“ organisierte Syriza-Flügel trat daraufhin aus Fraktion und Partei aus und gründete am 21. August die Partei *Laiki Enotita* – Linke Volksunion (LAE). Die neue Partei ging selbstbewusst in den Wahlkampf und wollte drittstärkste Kraft im Parlament werden. Man befürwortete zudem den Austritt Griechenlands aus dem Euro.

Bei der vorgezogenen Neuwahl am 20. September 2015 schließlich siegte Syriza mit 35,5 Prozent (minus 0,8%) und nahm 145 von 300 Parlamentssitzen ein. Das zweite Kabinett Tsipras, erneut eine Koalitionsregierung mit ANEL, wurde drei Tage nach der Wahl vereidigt. Die Ergebnisse der übrigen Parteien lagen ganz nah bei jenen, die sie im Januar erzielt hatten; die Syriza-Spaltung LAE schaffte den Einzug in den Vouli indes nicht.

3. Der schwarze Herbst der Linken in Europa: Die Linke in Spanien

Die politische Landschaft Spaniens ist seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Diese drückt sich im Kampf zweier politischer Blöcke aus, bei dem auf der einen Seite die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), auf der anderen die konservative Volkspartei (PP) dominieren. Zwischen

¹⁶ Vgl. ebd., S. 12.

diesen beiden Blöcken und an den politischen Rändern befinden sich weitere kleinere, oft regionale Formationen und Parteien. Diese Blockkonfrontation wurde durch die Proteste gegen die Austeritätspolitik der Zentralregierung mit der Entstehung neuer Parteien, die sich keinem der beiden Blöcke zuordnen wollen, aufgebrochen. Vielmehr sehen sich diese – allen voran die

Bewegung mit Parteistatut Podemos – als Bewegungen gegen die alte Politoligarchie.

Die Regionalisierung Spaniens allerdings wurde auch durch diese neuen Bürgerparteien nicht aufgebrochen. Noch heute begünstigt diese Regionalisierung und das daraus abgeleitete Wahlsystem die Herausbildung regionaler Parteien. So hat es insbesondere eine landesweit verankerte Linke schwer, sich zu behaupten, zum Leidwesen der linkssozialistischen Parteienallianz Izquierda Unida (IU).

Izquierda Unida: Die Linke vereint

Am 15. April 1920 gründete sich aus der Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei die Partido Comunista Español (PCE). Gleichzeitig hatten Mitglieder der Sozialistischen Partei versucht, ihre Partei zum Beitritt zur Kommunistischen Internationale zu bewegen. Stattdessen trat die SP der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien bei. Die Befürworter der Kommunistischen Internationale erklärten daraufhin ihren Austritt und gründeten am 13. April 1921 die Partido Comunista Obrero Español (PCOE). Beide noch jungen kommunistischen Parteien – die PCE und die PCOE – schlossen sich am 14. November 1921 zur Partido Comunista de España (PCE) zusammen.

Ende der 1920er Jahre setzte sich in der Partei eine pro-sowjetische Ausrichtung durch, in deren Folge es zu Abspaltungen und Austritten kam. Bei der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik 1931 trieben die internen Konflikte die Partei an den Rand des Zusammenbruchs. Die PCE beteiligte sich aktiv an den 1934 einsetzenden Arbeitererhebungen des Landes und schloss sich bei den Wahlen 1936 der Frente Popular (Volksfront) an. In dem 1936 beginnenden Spanischen Bürgerkrieg, der bis 1939 andauerte, erfuhr die PCE starken Zulauf und steigerte ihre Mitgliederzahl auf rund 200 000. Mit der Niederschlagung der Republik wurde die PCE verboten, und ihre Mitglieder wurden unter Franco verfolgt

und ermordet. Viele gingen ins Exil, vor allem in die Sowjetunion und nach Frankreich.¹⁷

Bis zu ihrer Legalisierung am 9. April 1977 operierte die Partei illegal.¹⁸ Bei den ersten freien Wahlen 1977 erreichte die PCE 9,4 Prozent der Stimmen. Zu dieser Zeit stand sie in einem Bündnis mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Coordinación Democrática, gegen die Repräsentanten des alten Regimes. Beim Urnengang 1979 konnte die PCE ihr Ergebnis sogar auf 10,8 Prozent verbessern. Die Geschichte der Partei lässt sich in fünf Phasen unterteilen:¹⁹

1. Abspaltung von der PSOE und Gründung der PCE;
2. Spanischer Bürgerkrieg und Etablierung der PCE;
3. Illegalität und Hinwendung zur KPdSU;
4. Legalisierung und Akzeptanz der konstitutionellen Monarchie;
5. Sozialistische Wende und Herausbildung neuer Bündnisse.

Seit den 1960er Jahren trat die PCE zunehmend moderat auf. Diese Strategie zeigte Erfolg, wie die Wahl von 1979 belegte, war aber auch Anlass für innerparteiliche – insbesondere das Verhältnis der Partei zur Sowjetunion und zur KPdSU betreffende – Auseinandersetzungen.²⁰ Schließlich löste sich die Partei vom Einfluss der KPdSU, wandte sich dem Eurokommunismus zu und akzeptierte das demokratisch-parlamentarische System in Spanien.²¹

17 Vgl. Andreas Baumer: Jenseits der Pyrenäen. Parteiensysteme und gesellschaftliche Konflikte in Spanien und Portugal, in: Edith Ulrich und Gerd Mielke (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Länder und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 144.

18 Vgl. Walther Bernecker: Spanien-Lexikon. Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, München 1990, S. 338.

19 Unterteilung in Anlehnung an Rainer Schultz (der nur vier Phasen sieht); vgl. Rainer Schultz: Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung, RLS-Studie, Januar 2003, S. 4.

20 Vgl. Fred A. Lopez III: Bourgeois State and the Rise of Social Democracy in Spain, in: Ronald H. Chilcote u. a. (Hg.): Transition from Dictatorship to Democracy. Comparative Studies of Spain, Portugal and Greece, New York 1990, S. 17-72, hier S. 53f.

Bei den Wahlen 1982 stürzte die Partei auf nur noch 4,1 Prozent der Stimmen ab. Die nach wie vor zentralistischen Strukturen konterkarierten die programmatische Öffnung und Hinwendung der Partei zum Eurokommunismus. Als Erklärung für den Stimmenverlust muss aber auch die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung zwischen PSOE und PP gesehen werden. Denn Ende der 1970er Jahre hatte sich die Sozialistische Arbeiterpartei als Alternative zu der bis dahin regierenden Unión de Centro Democrático (UCD), einer bürgerlichen Partei der rechten Mitte, etabliert. Die Regierungskrise der UCD verschärfte sich, als die Partei den unter der spanischen Bevölkerung unpopulären NATO-Beitritt Spaniens zum Wahlkampfthema machte. Dies ermöglichte es der PSOE, die absolute Mehrheit zu erringen und bis 1996 ununterbrochen zu regieren.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) 1986 setzte dann in Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum ein, das oft mit dem deutschen „Wirtschaftswunder“ verglichen wird. Der Aufschwung zog im bis dato wirtschaftlich rückständigen Land massive Veränderungen hinsichtlich politischer Einstellungen, sozialer Verhaltensweisen und kultureller Orientierungen nach sich. Vor allem die Strukturfördergelder der EU trugen zur Auflösung des klassischen Proletariats in Spanien bei. Damit verlor die PCE weite Teile ihrer Basis. Auf die Auswirkungen der Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzabläufe hatten die Linken, das heißt die Bewegungen und Parteien links der PSOE, keine Antwort.

Die linkssozialistische Parteienallianz Izquierda Unida nahm ihren Anfang nicht als Partei, sondern – wie Syriza oder Synaspismos – als loses Wahlbündnis, gruppiert um die Frage der NATO-Mitgliedschaft. Obwohl Spanien bereits seit 1950 Militärbasen des US-Militärs akzep-

tierte, stellte der NATO-Beitritt 1982 für die noch junge Demokratie, im Kontext des Kalten Krieges und angesichts der atomaren Offensive der Reagan-Administration, einen politischen Wandel dar. Zahlreiche Wähler waren vom „Umfallen“ der PSOE enttäuscht, wandten sich ab und waren fortan in Bürgerbewegungen gegen die NATO-Mitgliedschaft aktiv.

Über diese Auseinandersetzungen etablierte sich eine neue Kraft links der PSOE. Aus der „Plataforma Cívica por la salida de España de la OTAN“ entwickelte sich 1986 das Wahlbündnis „Plataforma de la Izquierda Unida“, das 4,6 Prozent erreichte und 1989 schließlich 9,1 Prozent der Wählerstimmen einführte.²² 1992 erfolgte schließlich die offizielle Registrierung der „Vereinigten Linken“ als spanische Partei, die sich aus acht Gründungsparteien zusammensetzte.²³

Trotz des Umstandes, dass die IU als eigenständige politische Partei registriert und öffentlich aktiv ist, besitzt die IU also primär den Charakter einer Parteienallianz, in der die konstitutiven Mitgliedsparteien ihre formale, rechtliche, organisatorische und politische Eigenständigkeit behalten. Diese Tatsache führt immer wieder zu Spannungen unter den Mitgliedsorganisationen, vor allem im Hinblick auf die Besetzung von Wahllisten, die finanziellen Ressourcen und die programmatische Ausrichtung. Die Partei unterteilt sich in 17 Regionalorganisationen, die parallel zu den teilweise auch regionalen Organisati-

21 Vgl. Marita Müller: Politische Parteien in Spanien (1977-1982). Interne Konflikte und Wahlverhalten, Saarbrücken 1994, S. 46ff.

22 Vgl. Juan J. Linz und José Ramón Montero: The party systems of Spain. Old cleavages and new challenges, in: Lauri Karvonen und Stein Kuhnle (Hg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited, London/New York 2001, S. 163ff.

23 Bis auf die PCE und das Colectivo de Unidad verließen die anderen Gründungsparteien die IU allerdings in den Jahren zwischen 1987 und 2001 wieder. Heute gehören der IU auch viele regionale Parteien an, z.B. die katalanische Esquerra Unida i Alternativa, der linksalternativ-trotzkistische Espacio Alternativo, das Colectivo de Unidad und die kleineren trotzkistischen Gruppen Cuadernos Internacionales, Nuevo Claridad, Partido Obrero Revolucionario sowie die Partido Revolucionario de los Trabajadores – Izquierda Revolucionaria.

onen der IU-Mitgliedsparteien die Politik vor Ort vertreten. Die IU versucht seit ihrer Gründung, ihr pluralistisches Profil zu stärken und sich den neuen globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen zu öffnen bzw. als Teil dieser in den verschiedenen Sozialforen auf regionaler, nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene aktiv zu sein. Im Bericht an die siebte Generalversammlung der IU vom Dezember 2003 bekennt sich die IU ausdrücklich zum Sozialismus. Sie kämpft für eine Gesellschaft, die „partizipativ, kritisch und alternativ zu dem dominanten Modell“ ist.²⁴ Dazu gehören nach Ansicht der Mitglieder der Pazifismus ebenso wie ökologische Standpunkte und der Feminismus.²⁵

Die Verbindungen der Partei zu den Gewerkschaften erfolgt hauptsächlich über die Mitgliedspartei PCE, die eng mit der größten Gewerkschaft des Landes, die Comisiones Obreras (CC. OO.), verbunden ist. Die Tatsache, dass die PCE sich bereits 1986 dafür entschied, aktiv an der Herausbildung des Wahlbündnisses mitzuarbeiten und die IU schließlich in eine Partei zu transformieren, federte die Auswirkungen des Scheiterns des real existierenden Sozialismus 1989 für die PCE ab. So konnte das sehr gute Abschneiden des Wahlbündnisses bei der Parlamentswahl 1989 mit 9,6 Prozent der Stimmen vier Jahre später sogar noch verbessert werden, als die Partei 10,5 Prozent erhielt. Dieses hervorragende Ergebnis konnte bei den folgenden Wahlen allerdings nicht wiederholt werden.

Parallel zu den ausbleibenden Wahlerfolgen wuchsen die politischen, strategischen und programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der IU. Vor allem die PCE, die lange Zeit defensiv und im Verhältnis zu ihrer relativen Stärke zurückhaltend in der Parteialliance agiert hatte, erhob nun wieder Anspruch auf mehr Einfluss in deren Gremien.

In der Legislaturperiode 2004-2008 tolerierte die IU eine Minderheitsregierung unter José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE), konnte dabei aber kaum eigene Inhalte durchsetzen. Die Tatsache, dass die PSOE die IU in relevanten Fragen ausbootete und stattdessen das Bündnis mit der konservativen Oppositionspartei PP suchte, schwächte die Vereinte Linke ebenso wie eine generell gegen die IU gerichtete PSOE-Strategie des *voto útil* (nützliche Stimme) bzw. *voto de miedo* (Stimme der Angst). Bereits vor dem nationalen Kongress am 15./16. November 2008 kündigte der IU-Generaldirektor Gaspar Llamazares seinen Rückzug an. Der von harten Auseinandersetzungen geprägte Kongress bestimmte zwar einen neuen Vorstand, konnte sich aber auf keinen neuen Vorsitzenden einigen. Am 14. Dezember wählte schließlich der IU-Vorstand das PCE-Mitglied Cayo Lara zum neuen Generaldirektor. Dieser versuchte, das strategische Bündnis seines Vorgängers Llamazares mit der regierenden PSOE wieder zu lösen und die Eigenständigkeit der IU zu betonen.

Spanien: ein krisengeschütteltes Land

Die bis 2011 regierende PSOE von Ministerpräsident Zapatero erlitt bei den Regionalwahlen im Mai des Jahres eine krachende Niederlage und sackte landesweit auf 27,8 Prozent ab (2007 ca. 35 Prozent). Hochburgen wie Sevilla oder Barcelona gingen verloren. Von der Schwäche der Partei profitierte vor allem die konservative Oppositionspartei, Partido Popular (PP). Sie zog in nahezu alle Regionalregierungen ein und erreichte im Landesdurchschnitt 38 Prozent der Stimmen. Im Mai wählten viele Spanier auch „ungültig“, um ihren Protest und ihre Solidarität mit den seit dem 15. Mai 2011 andauernden Massenprotesten (Bewegung des 15. Mai auf der Puerta del Sol in Madrid) zu bezeugen.

Für die IU waren die Regionalwahlen ein erster Hoffnungsschimmer nach stetig sinkenden Wahlergebnissen in den vorausgegangenen Jahren. Sie konnte sich so, vor allem indem

²⁴ Vgl. Beschluss der VII. IU-Generalversammlung, Dezember 2003, S. 3, www1.izquierda-unida.es.

²⁵ Vgl. Paola Giaculli: Parlamentswahl in Spanien, in: „DIE LINKE International“, Juli 2008.

sie enttäuschte PSOE-Wählermilieus für sich gewann, landesweit auf 6,3 Prozent der Stimmen steigern und drittstärkste Partei werden. Auch profitierte die Linkspartei von den massiven sozialen Protesten gegen die Sparprogramme der Regierung, da ihre Mitglieder von Beginn an in der Protestbewegung aktiv gewesen waren. Nach den Regionalwahlen verfügte sie über 58 Bürgermeister, die mit absoluter Mehrheit, und 53 Bürgermeister, die mit relativer Mehrheit gewählt wurden. Auch im Hinblick auf die Wahlen zu den Regionalparlamenten konnte die IU ihre Sitzanzahl ausbauen.²⁶

Kurz nach den für die PSOE enttäuschenden Regionalwahlen rief Ministerpräsident Zapatero vorgezogene Neuwahlen für den 20. November 2011 aus und erklärte, selbst nicht wieder antreten zu wollen.

Spanien war 2011 von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise besonders schwer getroffen worden. Der Boom des „Wirtschaftswunders“ war vorbei, er hatte – vor allem mit Blick auf den Bau- und Immobiliensektor – auf tönernen Füßen gestanden. Angetrieben vom Hype am Finanz- und Aktienmarkt zu Beginn des Jahrzehnts waren an den Peripherien der Metropolen neue Satellitenstädte entstanden, deren Wohneinheiten mit bis zu 120 Prozent belehnt wurden. Das Ergebnis der dann 2008 geplatzten Immobilienblase war in Spanien besonders alarmierend: 700 000 unverkaufte Wohneinheiten warteten auf Käufer, laut spanischer Zentralbank standen 176 Mrd. Euro an wackligen Hypotheken aus. Viele konnten die Zinsen für diese Hypotheken nicht mehr aufbringen. Seit 2008 wurden so rund 300 000 Spanier Opfer von Zwangsräumungen.

In der Krise stieg auch die Arbeitslosenquote. Lag die Zahl der Arbeitslosen 2008 offiziell noch bei rund zwei Millionen, stieg sie bis 2011 auf 4,4 Millionen an. Die Arbeitslosenquote lag

damit bei 22 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei rund 50 Prozent. Eine gesamte Generation hatte so keine Zukunftschance. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Die neoliberalen Rezepte der PSOE-Regierung zur Lösung der Krise waren dieselben wie unter PASOK in Griechenland (Papandreou) und PS in Portugal (Sócrates): Ausgabenkürzungen auf Kosten der Bevölkerung bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den Renten und Löhnen im öffentlichen Dienst. Zusätzlich sollten die öffentlichen Kassen durch Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgefüllt werden. Im Gegenzug wurden Stützungskredite für Banken und Steuererleichterungen für Unternehmen in Milliardenhöhe beschlossen.

Mit der Wahl des neuen Vorstandes unter der Leitung von Cayo Lara machte sich die IU auf den Weg zu einer „Neugründung der Parteienallianz“. Erster Schritt war die kontinuierliche Mitgliederwerbung und -erfassung, zweiter der Ausbau der partizipativen Demokratie in der Partei, dritter Schritt dann die Beseitigung der schlechten Beitragszahlungsmoral. Die Vereinte Linke konnte sich bei der Parlamentswahl 2011 auf die größte spanische Gewerkschaft (CC.OO.) stützen und profitierte zudem von den neuen Protestbewegungen und enttäuschten Wählern der PSOE. Cayo Lara trat im Wahlkampf als „parlamentarischer Indignado“ auf und warb dafür, die Wahl nicht zu boykottieren, sondern der IU die Stimme zu geben, um „der neoliberalen Politik von Angesicht zu Angesicht entgegenzutreten“. Dass dies kein plumper Stimmenfang war, sondern die Partei durchaus versuchte, die spanische Protestbewegung 15-M einzubeziehen, illustrierte ihr Wahlprogramm. Genau genommen handelte es sich dabei um gar kein Wahlprogramm; vielmehr hatte die IU einen „Aufruf zur Bekämpfung der Krise und zur Mobilisierung für eine soziale Alternative und eine wirkliche Demokratie“ vorgelegt.²⁷ Dieser war das Ergebnis eines breiten Konsenses zwischen jenen,

²⁶ Vgl. Dominic Heilig: Ein Hoffnungsschimmer für die Linke. Eine kurze Einschätzung der Regionalwahlen in Spanien aus linker Sicht, www.rosalux.de, S. 4f.

²⁷ Vgl. Sozialer Wahlaufufruf für 7 Revolutionen, www.convocatoriasocial.org.

Der wichtigste Konflikt seit dem Wandel der spanischen Gesellschaft nach dem Tode Francos im Jahr 1975 ist die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche. Gesellschaft und Parteiensystem in Spanien sind darüber hinaus geprägt von Klientelismus und Paternalismus. Diese autoritär-politische Tradition spiegelt sich bis heute in einer starken parteilichen Personalisierung²⁶ und einer schwachen politischen Partizipation: Spanien hat im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Parteimitgliedschaftsquote.²⁷ Der Wandel der spanischen Gesellschaft ist außerdem von der Tatsache geprägt, dass den Parteien Ende der 1970er Jahre eine Rolle im Institutionengefüge zugewiesen wurde, aus der heraus sie sich nur schwer als gesellschaftliche Mobilisierungskräfte entwickeln konnten. Das Aufkommen der modernen Massenmedien veränderte die Kommunikationsanforderungen erheblich.²⁸ Darüber hinaus bildete sich mit dem Übergang von der faschistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie ein Regionalismus heraus, der bis heute weite Teile des politischen Diskurses bestimmt. Regionale Parteien dominierten nicht nur das Parteiensystem, sondern erfuhren darüber hinaus eine parlamentarische Verankerung im nationalen Abgeordnetenhaus.²⁹ Die Konfliktlinien Staat-Kirche, Partei-Institutionengefüge und Zentrum-Peripherie hindern heute nationale Parteien wie die IU daran, eine landesweite Parteilbasis aufzubauen und zu verbreitern. Es fällt der IU schwer, den Wählern ein kontinuierliches, programmatisch einheitliches Angebot zu unterbreiten. Insbesondere die Zurücksetzung des Klassenkonfliktes zugunsten der Regionalisierung verstärkt die Probleme bei der Etablierung linker Parteien, die im nationalen Rahmen handlungsfähig werden wollen.

die „einen alternativen, sozialen Block gegen die neoliberale Hegemonie“ bildeten. An dem Erarbeitungsprozess, zu dem die Partei einlud, beteiligten sich landesweit über 200 Vereine und Verbände sowie 15 000 Sympathisanten der IU in über 500 öffentlichen Versammlungen und zahlreichen Debatten im Internet.

Dennoch war das Wahlergebnis für die Linke ernüchternd: Die rechtskonservative Volkspartei errang mit 44,6 Prozent der Stimmen (2008: 39,9 Prozent) die absolute Mehrheit der Sitze und stellte fortan mit Mariano Rajoy den Regierungschef. Die bis dato regierende PSOE verlor über 15 Prozent und kam nur auf 28,7 Prozent der Stimmen (2008: 43,9 Prozent).

Waren die Regionalwahlen im Mai 2011 bereits ein Hoffnungsschimmer für die IU gewesen, so war ihr Abschneiden nunmehr ein Erfolg. Die Partei konnte ihr Ergebnis im Vergleich zu 2008 beinahe verdoppeln – und gehörte damit wieder zu den stärksten Linksparteien in der EU. Mit der Einbeziehung breiter gesellschaftlicher

Gruppen in die Erarbeitung ihrer politischen und programmatischen Ziele hatte die Partei an gesellschaftlicher Bindung gewonnen. Von besonderem Interesse ist, dass die Parteilianz, die zuvor am Rande einer Spaltung und/oder Auflösung gestanden hatte, ihr Selbstbewusstsein durch innere Reformen zu stärken vermochte. Cayo Lara hatte sein Programm der „Neugründung und Demokratisierung der IU“ umgesetzt, und die IU es verstanden, die außerparlamentarische und die parlamentarische Ebene miteinander zu verknüpfen. Im Ergebnis schärfte sie ihr programmatisches Profil als linkssozialistische Parteienallianz.

Podemos: Von der Bürgerbewegung zur Partei

Mit der Exekutive in den Händen der mit absoluter Mehrheit ausgestatteten konservativen Volkspartei wurde die Austeritätspolitik unter dem Diktat der Troika weiter verschärft. Dies provozierte landesweite Proteste und die Ent-

stehung vieler Bürgerorganisationen. Flächendeckend entstanden etwa Komitees gegen Zwangsräumungen und Organisationen zur Selbsthilfe. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Protestbewegung, deren stärkster Ableger 15-M war, in der Gründung der Partei Podemos („Wir können“).

Podemos ist im eigentlichen Sinne eine spanische politische Bürger- und Demokratiebewegung, die sich im Januar 2014 bildete und am 11. März 2014 als Partei zugelassen wurde. Populäre Führungsfigur ist Pablo Iglesias Turrión. Ihre erste Bewährungsprobe bestand die Partei bei der Europawahl im Juni 2014, bei der sie acht Prozent der Stimmen und fünf Abgeordnete in Brüssel errang, die sich, wie jene der IU, der Linksfraktion GUE/NGL anschlossen. Nicht zuletzt deshalb wird die Partei dem linken Spektrum zugeordnet – eine äußerliche, europäische Beschreibung, mit der nicht alle im Umfeld von Podemos sich einverstanden erklären.

Der Ursprung der Podemos-Bewegung liegt im Manifest „Mover ficha: convertir la indignación en cambio político“ (Spielstein bewegen: Die Empörung in politische Veränderung verwandeln). Das Manifest wurde von rund 30 Intellektuellen, Kulturschaffenden, Journalisten und Sozialaktivisten unterzeichnet, die auf die Notwendigkeit verwiesen, für das Europäische Parlament zu kandidieren, um der europäischen Austeritätspolitik auch auf europäischer Ebene entgegenzutreten. Zu den hervorgehobenen Programmpunkten zählten die Umverteilung des Reichtums in Spanien von oben nach unten, Beibehaltung des öffentlichen Charakters von Bildung und Gesundheit, Erhöhung der Löhne, Schaffung eines Bestandes an öffentlichen Wohnungen sowie der Widerstand gegen die Verschärfung des spanischen Gesetzes zum Schwangerschaftsabbruch. Die Bewegung forderte zudem den NATO-Austritt Spaniens.

Von Beginn an setzte Podemos auf ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung. Sie wollte zur Euro-

pawahl nur antreten, wenn mindestens 50 000 Personen ihre Unterstützung für das Projekt erklärten. Die Unterschriften kamen binnen 24 Stunden zusammen. Heute verfügt Podemos nach eigenen Angaben über mehr als 380 000 Unterstützerinnen und Unterstützer.²⁸

Zum Zeitpunkt der Europawahl 2014 vertrat die Mehrheit der Initiatoren von Podemos noch die Vorstellung, eine gemeinsame Kandidatur mit anderen linken Parteien und Gegnern des Sozialabbaus auf die Beine zu stellen, und viele Aktivisten kleinerer Linksparteien traten dem Bündnis bei. Am 24. Februar 2014 trafen sich dann Podemos und Izquierda Unida mit dem Ziel, die Möglichkeit einer Einheitskandidatur zu sondieren. In diesen Gesprächen stellte man Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede zwischen beiden Organisationen im Hinblick auf Aufstellung der Wahllisten fest. Während Podemos für die Durchführung offener Vorwahlen plädierte, an denen jeder Bürger teilnehmen können sollte, trat die IU dafür ein, die an der Kandidatur teilnehmenden Parteien den Spitzenkandidaten bestimmen zu lassen.

Die Differenzen blieben unüberwindbar. Nach dem Scheitern der Verhandlungen kündigte Podemos an, alleine anzutreten und ein offenes Vorwahlverfahren durchzuführen, an dem auch Nicht-Mitglieder über das Internet teilnehmen durften. Im EU-Wahlkampf 2014 schlossen sich regionale soziale Bewegungen wahlweise Podemos oder Izquierda Unida an. Podemos' Vorwahlen – bei denen Kandidaten von einem der Podemos-Kreise (Círculos Podemos) vorgeschlagen werden mussten, um antreten zu dürfen – fand im März 2014 statt, nach eigenen Angaben nahmen 33 000 Menschen daran teil. Pablo Iglesias wurde mit 60 Prozent zum Spitzenkandidaten gewählt.

Dennoch gab es innerhalb der Partei, auch wegen der großen Heterogenität, immer wieder Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des Bünd-

²⁸ Vgl. <https://participa.podemos.info/es>.

nisses. Der größte Konflikt – über das Parteilogo zur Europawahl – war zu Beginn rein symbolisch, sollte aber letztlich die politisch-programmatische Ausrichtung von Podemos wesentlich beeinflussen. Um so viele wie möglich aus den sozialen Protestbewegungen mitzunehmen, wollten die Podemos-Initiatoren auf die Symbole der traditionellen wie modernen Linken in Europa verzichten. Zur EU-Wahl entschied man sich aus diesem Grunde dafür, Pablo Iglesias' Gesicht als Logo für die Stimmzettel zu nehmen. Dies traf in den sozialen Medien auf massive Kritik. Heute finden sich in dem Parteilogo oder den Farben der Partei – ganz bewusst – keinerlei Anleihe an die traditionelle Linke in Europa.

Bei der EU-Wahl wurde Podemos auf Anhieb zur viertstärksten politischen Kraft Spaniens (die IU errang zehn Prozent und Platz 3). Die Partei profitierte von der Aktivierung von Wählern, die sich unter anderen Umständen enthalten hätten, und solchen, die sich von der PSOE enttäuscht abgewandt hatten. Nach einer Umfrage waren 66 Prozent der Podemos-Wähler älter als 35 Jahre, 56 Prozent männlich, und mehrheitlich arbeitende Menschen (50 Prozent gegenüber 22 Prozent Arbeitslosen, 15 Prozent Studenten und neun Prozent Rentnern). Ein Drittel der Podemos-Wähler hatte bei der Europawahl 2009 für die PSOE gestimmt. Ideologisch positionieren sich die Podemos-Wähler zwischen IU und PSOE. 60 Prozent von ihnen hatten bis zum letzten Moment gezweifelt, welche Partei sie nun wählen sollten.²⁹ Der Erfolg von Podemos lag vor allem in dem Verlust an Glaubwürdigkeit der etablierten Parteien und der Angst der Mittelschicht vor ihrem Abrutschen in die Armut begründet.

Im Juli 2014 begann Podemos mit der Aufnahme von Parteimitgliedern. Innerhalb der ersten 48 Stunden registrierten sich 32.000 Menschen auf der Podemos-Webseite. Nach 20 Tagen hatte Podemos bereits rund 100.000 Mitglieder und wurde, gemessen an der Mitgliederzahl, die drittgrößte spanische Partei, größer als die IU.³⁰

²⁹ Vgl. „El País“, 1.6.2014.

Der Bündnisfall sorgt für Streit

Die Kommunal- und Regionalwahlen vom 24. Mai 2015 in Spanien läuteten dann endgültig das Ende des bisherigen Zwei-Parteien-Systems ein. Die konservative PP blieb zwar landesweit die stärkste Kraft Stimmen, büßte aber mehr als zehn Prozentpunkte gegenüber der Wahl 2011 ein; die PSOE erreichte 25 Prozentpunkte. Beide das Land seit der Transition 1975 dominierenden Volksparteien erreichten damit gemeinsam nur noch knapp über 50 Prozent der Stimmen landesweit.

Gewinner der Abstimmungen waren zum einen die rechtsliberale Bürgerbewegung Ciudadanos (C's), die mit 6,6 Prozent der Stimmen landesweit drittstärkste Kraft wurde, und zum anderen linke, von Podemos unterstützte Bürgerbündnisse in den Städten. (Podemos war nicht flächendeckend angetreten, sondern nur in einzelnen Regionen im Bündnis mit anderen Gruppierungen.) Diesen lokalen Bündnissen gelang es in Barcelona (en Comú) und in Madrid (Ahora Madrid), im Bündnis mit der Izquierda Unida, die Rathäuser zu erobern. Aber auch darüber hinaus gelang es dort, wo Podemos, IU und andere linke Parteien und Gruppen gemeinsam antraten, Erfolge zu erzielen. Wo es hingegen zu keiner Zusammenarbeit, sondern zu Konkurrenz kandidaturen kam, konnten Konservative und Sozialdemokraten Mehrheiten in den Rathäusern erobern bzw. verteidigen.

Für die IU verliefen die Regionalwahlen 2015 – dort wo sie alleine antrat – ernüchternd. Ihr designierter Parteichef Alberto Garzón, der Cayo Lara demnächst ablösen wird, ist deshalb wiederholt auf Podemos zugegangen, um ein gemeinsames Linksbündnis aus der Taufe zu heben. Pablo Iglesias indes lehnte eine gemeinsame Kandidatur ab; es werde „keinerlei Wahlabkommen mit der IU geben“, sagte er. Der IU warf er vor, „im eigenen Saft mit roten

³⁰ Vgl. „El Huffington Post“, 17.8.2014.

Sternen zu schmoren“.³¹ Vorbehalte bestanden insbesondere gegenüber dem starken und seit Jahrzehnten existenten IU-Parteiapparat und den widerstreitenden Gruppen innerhalb der Vereinten Linken. Besonders aber schreckt die Bürgerbewegung die Dominanz der PCE.

Iglesias' Einfluss auf Podemos endete zuletzt aber des Öfteren an regionalen Grenzen. So ist die aus der 2011 entstandenen Empörten-Bewegung entstandene Partei gemeinsam mit der „Initiative für Katalonien“ (ICV), ein Teil der IU, zu den Regionalwahlen 2015 angetreten. Diese wurden vom Regionalregierungschef Artur Mas zu einer Abstimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Zentralstaat umgedeutet. Das Bündnis aus ICV und Podemos schlug sich auf keine der beiden Seiten – pro und contra Unabhängigkeit –, sondern plädierte für mehr Demokratie und Souveränität der Bevölkerung gegenüber den herrschenden, oligarisch auftretenden Volksparteien. Am Ende erreichte das Wahlbündnis knapp zehn Prozent der Stimmen. Während Iglesias dieses Resultat als Niederlage und Zeichen deutete, dass ein Bündnis mit der IU keine Erfolgchancen habe, markierte es angesichts der Zuspitzung beider Pole in Katalonien in Wirklichkeit ein durchaus respektables Ergebnis.

Wegen der auch nach den Regionalwahlen in Katalonien anhaltenden Zurückhaltung der Podemosführung, ein landesweites Linksbündnis zu etablieren, hat die Izquierda Unida wenig später eigenmächtig die Plattform „Ahora en Común“ (Jetzt gemeinsam) gebildet. An ihr sind, neben der IU, die grüne Partei „Equo“ und einzelne Podemos-Aktivistinnen beteiligt. Sie alle glaubten, dass nur die Vereinigung der Linken eine Chance böte, im Dezember 2015 der griechischen Syriza zu folgen und eine einflussreiche Kraft im Land zu werden. Der Name der Initiative setzte sich aus den Namen der Aus-

hängeschilder „Ahora Madrid“ und „Barcelona en Común“ zusammen.³²

Ein wesentlicher Grund für Podemos' Ablehnung eines Linksbündnisses ist, dass die Partei über die traditionelle linke Wählerschaft hinaus wählbar sein will. Ihre Aktivistinnen sehen das politische System Spaniens – und mit ihm auch die politische Linke – in einer tiefen Legitimationskrise. Podemos weicht deshalb auf andere Begrifflichkeiten aus und streitet für eine „echte Demokratie“. Dadurch will sie eine neue Klassenlogik etablieren, die der Masse gegen die Oligarchie. Die relative Unbestimmbarkeit des Projekts macht die Partei zwar einerseits angreifbar. Andererseits jedoch ermöglicht diese Offenheit ein breites politisches Bündnis, das der Unzufriedenheit eine Form gibt.³³

Iglesias' Unnachgiebigkeit allerdings hat Podemos – zumindest kurzfristig – geschadet. Der Urwahlprozess der Listenaufstellung für die Parlamentswahl verlief ernüchternd; nur 16 Prozent der Basis beteiligten sich. Selbst Personalcoups wie die Nachricht, dass der französische Ökonom Thomas Piketty bei der Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms mitarbeiten würde, halfen nicht, den Sinkflug der Umfragewerte umzukehren; im Oktober stand sie mit 15 Prozent nur noch auf Platz vier des Parteienrankings.³⁴ Im Gegenzug erweiterte die IU ihr Wahlbündnis „Ahora en Común“ und trat als „Unidad Popular: Izquierda Unida“ mit dem Spitzenkandidaten Alberto Garzón zur Wahl an.

Die Parlamentswahl im Dezember 2015: Die Linke marschiert getrennt

Nach dem endgültigen Scheitern der Gespräche traten IU und Podemos in der Mehr-

³¹ Zit. nach Ralf Streck: Podemos zeigt IU die kalte Schulter, in: „Neues Deutschland“, 27.6.2015.

³² Vgl. ders.: Iglesias und „grummelnder Zwerg“, in: „Neues Deutschland“, 13.7.2015.

³³ Vgl. Jonas Wollenhaupt: Inside Podemos, in: „Neues Deutschland“, 10.9.2015.

³⁴ Vgl. Ralf Streck, Podemos will den Alleingang, in: „Neues Deutschland“, 8.10.2015.

heit der Wahlkreise gegeneinander an. Eine gemeinsame Liste gab es nur in den vier katalanischen Wahlkreisen (unter dem Namen „En Comú Podem“, zusammen mit der katalanischen Linkspartei ICV und der linken Stadtpartei Barcelona en Comú) und in den vier galizischen Wahlkreisen (unter dem Namen „En Marea“, zusammen mit der regionalen Linkspartei Anova-Irmandade Nacionalista). Podemos trat darüber hinaus in der Region Valencia gemeinsam mit der linken Regionalpartei Compromís an. Die IU trat außerdem mit verschiedenen kleineren landesweiten oder regionalen Linksparteien gemeinsam an. Daneben kandidierte in den drei baskischen Provinzen und Navarra das Linksbündnis „Bildu“. Die katalanische linksliberale ERC bildete ein von Podemos und IU unabhängiges Wahlbündnis mit der Kleinpartei Catalunya Sí unter dem Namen ERC-CATSI.

Am Abend des 20. Dezember 2015 wurde rasch klar, dass diese Wahl das Ende des Zweiparteiensystem in Spanien markierte. Dies war maßgeblich dem Erfolg von Podemos geschuldet. Eine linke Mehrheit gab es dennoch nicht. Spanien ist nach dem Urnengang vielleicht nicht einfacher regierbar und vielleicht nicht linker geworden, aber auf jeden Fall demokratischer. Gleichzeitig besteht das regional zerklüftete politische System fort, auch und vor allem wegen des spanischen Wahlsystems, welches die Besonderheit aufweist, dass die Sperrklausel in den einzelnen Provinzen unterschiedlich hoch ist, wodurch kleinere nationale Parteien benachteiligt werden. (So benötigte die IU beispielsweise bei den Wahl 2004 im Durchschnitt 254 000 Stimmen für ein Mandat, während die PSOE dafür nur 66 000 Stimmen benötigte.) Im neuen Abgeordnetenhaus nehmen Regionalparteien 26 der 300 Sitze ein.

PSOE und PP büßten im Vergleich zur vorherigen Wahl massiv an Zustimmung ein. Waren beide Parteien 2008 zusammen noch auf 83,8 Prozent und 2011 immerhin noch auf über 73

Prozent der Stimmen gekommen, so waren es jetzt weniger als 50 Prozent. Die konservative PP verlor knapp 18 Prozent und erreichte 28,7 Prozent der Stimmen, während die sozialdemokratische PSOE über sechs Prozent verlor und nur noch auf 22 Prozent der Stimmen kam.

Für die Linke in Spanien muss das Ergebnis – trotz der rund 20 Prozent für Podemos – mit Ernüchterung betrachtet werden. Besonders die Entscheidung der Podemos-Führung, gegen einen gemeinsamen Wahlantritt mit Izquierda Unida, hat einen linken Regierungswechsel maßgeblich erschwert. Dort, wo Podemos und Izquierda Unida gemeinsam antraten, wurden sie zur stärksten (Katalonien) oder zweitstärksten Kraft (Galizien). Wo sie getrennt und damit gegeneinander antraten, hat es ihnen – zumindest im Hinblick auf die komplizierte Sitzvergabe – eher geschadet. Weil die besondere Lage im Baskenland für beide Parteien im Wahlkampf kein Thema war, traten dort sogar – mit dem Parteienbündnis Bildu – drei linke Kräfte gegeneinander an, die sich alle in der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) organisieren.

Der Politikwissenschaftler Raul Zelik sieht den Kurs der linken Podemos zu Recht kritisch. Er merkt an, dass die erst Januar 2014 gegründete Partei „zentrale inhaltliche Positionen aufgegeben“ habe, um sich „als verlässliche und staatstragende Reformkraft zu profilieren. Von einer Überwindung der postfranquistischen Verfassung von 1978 oder einer Opposition gegen die Austeritätspolitik der EU ist nicht mehr die Rede“, schreibt er in einer Kurzanalyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.³⁵ Podemos fordert inzwischen nur noch „eine punktuelle Reform der Verfassung“, was ihren Einbruch in der Wählergunst im Vergleich zu Beginn des Jahres 2015 begründen mag. Podemos führte

³⁵ Vgl. Raul Zelik: Die interessantesten Wahlen seit über 30 Jahren, www.rosalux.de; vgl. ders.: Spaniens Linke erstickt, ebd.

den Wahlkampf mit dem Ziel, möglichst viele Menschen an die Wahlurnen zu bringen – was gelang, die Wahlbeteiligung stieg um vier auf 73 Prozent. Zugleich verkürzte man jedoch die Kritik an den spanischen Herrschaftsstrukturen; polemisch könnte man sagen, dass Podemos den Inhalt dem Populismus geopfert hat.

Doch auch Izquierda Unida, die mit ihrem charismatischen Spitzenkandidaten Alberto Garzón vor allem die sozialen Netzwerke nutzte, enttäuschte. Sie verlor über drei Prozent und

erreichte landesweit lediglich 3,7 Prozent und zwei (statt elf) Mandate.

Die Regierungsbildung gestaltet sich nach diesem historischen Wahlabend mehr als schwierig. Weder reicht es für eine Koalition zwischen konservativer PP und rechtsliberaler C's, noch für eine Koalition zwischen PSOE und Podemos, auch nicht unter Hinzuziehung von IU und weiteren regionalen Linksparteien. Gelingt es dem neuen Parlament nicht, zeitnah einen Regierungschef zu wählen, drohen Neuwahlen.

4. DIE LINKE: Stabilitätsfaktor in der Europäischen Linken

Anders als die bislang vorgestellten Parteien handelt es sich bei der bundesdeutschen Partei DIE LINKE weder um eine Parteienallianz (wie Syriza und IU) noch um eine aus einer Protestbewegung hervorgegangene Partei (wie Podemos). Die 2007 gegründete LINKE ist vielmehr eine Mischform und setzt sich im Kern aus zwei Bestandteilen zusammen. Zum einen wird sie geprägt durch den seit 25 Jahren bestehenden Teil, der zu den reformierten staatssozialistischen Parteien des Ostblocks zählt und sich über mehrere Schritte zu einer demokratisch-sozialistischen Partei links der Sozialdemokratie gewandelt hat. Dieser Teil firmierte zuvor unter dem Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“. Zum anderen gehört zu ihr die (primär westdeutsche) Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), die 2004/2005 von ehemaligen Mitgliedern der SPD und von der SPD nahe stehenden Gewerkschaftern gegründet wurde, die über die harten sozialen Einschnitte (Hartz-Gesetze) der sozialdemokratisch-grünen Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) enttäuscht waren.

Die WASG repräsentierte eine klassische links-sozialdemokratische Strömung innerhalb der

europäischen Linken, die den Weg einer sich zunehmend von den Interessen der Beschäftigten entfernenden und neoliberal ausgerichteten Sozialdemokratie in Deutschland – vergleichbar mit Tony Blairs „New Labour“ in Großbritannien – nicht mehr mitgehen wollte.

Die beiden Parteien hatten 2005 zunächst eine gemeinsame Liste zur Bundestagswahl aufgestellt und fusionierten nach dem Einzug in den Bundestag 2007 zur Partei DIE LINKE. Inzwischen haben sich beide in der LINKEN aufgelöst. Bestimmte politische Einstellungen und Traditionen, die den beiden Quellparteien zugeordnet werden können, bestehen indes innerhalb der neuen Organisation fort, weshalb man von einer Zwitterpartei sprechen kann. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der Kurs der Partei unklar wäre. Programmatisch wie organisatorisch ist in den vergangenen acht Jahren ein stabiler Konsens zwischen den Mitgliedern erarbeitet worden.

DIE LINKE gehört – in Form ihrer Quellpartei PDS – seit 25 Jahren zu den stabilen Säulen der Linken in Europa. Zwar ließen die bundesweiten Wahlergebnisse die PDS immer wieder um den Einzug in den Bundestag bangen –

und in der Tat verfehlte sie im Jahre 2002 die Fünfprozenthürde und war nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten. Dennoch katapultierte die herausgehobene Stellung Deutschlands in der EU die PDS und dann vor allem DIE LINKE in den Rang des vielleicht wichtigsten Akteurs der Linken in Europa. Dazu bei trug nicht zuletzt der Umstand, dass Parteien in der Bundesrepublik ein hohes verfassungsrechtliches Schutzniveau genießen und großenteils durch Steuern finanziert werden. Obgleich DIE LINKE, gemessen an ihren Mitgliedern und Wahlergebnissen, weder die größte noch die stärkste Linkspartei in Europa ist, verfügt sie deshalb im Vergleich zu ihren Schwesterparteien über die besten Strukturen und größten Ressourcen.

DIE LINKE gehört nicht zu den selbst erklärten revolutionären kommunistischen Kräften in Europa. Vielmehr versteht sie sich als plural und offen „für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will“.³⁶ Sie gewährt umfassende Mitgliederrechte, darunter das Recht, sich innerparteilich mit anderen zusammenzuschließen oder das Recht, auch als Einzelmitglied an alle Organe der Partei Anträge zu richten. Es gibt die Möglichkeit des Mitwirkens von Gastmitgliedern, denen nahezu alle Mitgliederrechte übertragen werden können. Damit will sich die Partei gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen öffnen. Die Resonanz darauf blieb bislang allerdings beschränkt. Die Gleichstellung der Geschlechter ist konstitutiv für die Partei; es gilt die Mindestquotierung von 50 Prozent.

Wer oder was ist DIE LINKE?

Die Partei will – gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit – „eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und

Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird“. So formuliert DIE LINKE ihren programmatischen Anspruch in ihrem Parteiprogramm. Dabei werden drei Grundideen in der Idee des demokratischen Sozialismus zusammengefügt: erstens die individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität; zweitens die Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur; und drittens die Verwirklichung dieser beiden Ideen durch einen emanzipatorischen Prozess, „in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird.“ DIE LINKE sieht sich „in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg“.³⁷

Um alternative gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten herzustellen, strebt DIE LINKE breite Bündnisse an. Die für eine andere Regierungsmehrheit erforderliche Kooperation mit anderen Parteien werde man aber nur dann eingehen, wenn diese einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft fördern und Kernforderungen der Linken übernehmen. Zu letzteren zählen der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Abschaffung der neoliberalen Arbeitsmarktgesetze (Hartz-Gesetze), die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes und die Ablehnung der Rente erst ab 67 Jahren.

Gerade an der Frage parteipolitischer Bündnisse und Koalitionen auf Bundes- und Landesebene entbrannten seit Bestehen der Partei immer wieder teilweise heftige programmatische und strategische Konflikte. Verantwortlich dafür dürften vor allem vier Gründe sein. Zum einen werden Koalitionen, insbesondere auf Bundesebene (mit Grünen und Sozialdemokraten) äußerst kritisch gesehen. Dies liegt nicht zuletzt

³⁶ Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

³⁷ Parteiprogramm DIE LINKE, www.die-linke.de.

daran, dass es eine rot-grüne Bundesregierung war, die in Gestalt des Jugoslawienkrieges 1999 den ersten ausländischen Kampfeinsatz der Bundeswehr in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten hatte. Demgegenüber stellt sich DIE LINKE mehrheitlich gegen jede Form militärischer Auslandsintervention und Gewalt. Zum Zweiten haben sich Grüne und Sozialdemokraten seit ihrer Regierungsführung zwischen 1998 und 2005 vom linken politischen Spektrum weg, hin zur politischen Mitte orientiert. Die Grünen sind zunehmend offen für Bündnisse mit den deutschen Konservativen von CDU/CSU, und die Sozialdemokraten haben ihr sozialpolitisches Profil weitgehend geopfert. In der LINKEN ist umstritten, ob sozialpolitische und solidarische Politikkonzepte mit der SPD überhaupt noch durchzusetzen sind. Schließlich wurden unter der Regierungsführung der SPD Minijobs, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Sozialkürzungen eingeführt bzw. ausgebaut und Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zugelassen.

Zum Dritten sind die Erfahrungen der LINKEN (bzw. der PDS) mit Koalitionsregierungen mit der SPD nicht die Besten. Zwar fanden diese bislang nur in ostdeutschen Ländern und nicht auf Bundesebene statt; dennoch sah sich die PDS (bzw. DIE LINKE) am Ende dieser Koalitionsbeteiligungen mit Glaubwürdigkeitsproblemen und sinkendem Wählerzuspruch konfrontiert. Obwohl sie durchaus sozialpolitische Erfolge vorweisen konnte, sanken die Zustimmungswerte für die PDS nach Regierungsbeteiligungen als SPD-Juniorpartner in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin teils massiv. Dies war auch dem Umstand geschuldet, dass die PDS über viele Jahre von der SPD als Koalitionspartner gemieden worden war. Als es schließlich doch zu Koalitionen kam, war die Partei nicht darauf vorbereitet. Erst in den letzten Jahren hat sich dieses Bild verbessert, und DIE LINKE kann auf Landesebene selbst als Juniorpartner in Koalitionen besser bestehen. Aktuell regiert DIE LINKE in Brandenburg als SPD-Juniorpartner und stellt

in Thüringen sogar den Ministerpräsidenten einer rot-rot-grünen Landesregierung.

Zum Vierten gab es immer wieder grundsätzliche Auseinandersetzungen darüber, auf welchem Wege die Gesellschaft verändern werden kann. Eine Minderheit plädierte stets für einen mehr oder minder „revolutionären“ Weg, der Koalitionen mit SPD oder Grünen nicht vorsah. Heute wird diese Debatte, vor allem durch die erfolgreiche Regierungsführung in Thüringen, in der Partei weniger emotional geführt. Es gibt kaum mehr Parteimitglieder, die Regierungsbeteiligungen grundsätzlich ausschließen. Zwar gibt es nach wie vor unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Voraussetzungen für den Eintritt in eine Koalition gegeben sein müssten, aber diese stellen keinen Grundkonflikt mehr dar.

Als inzwischen drittstärkste Kraft im Bundestag vermittelt DIE LINKE nun auch nach außen das Bild, Verantwortung für Veränderung übernehmen und mehr als bloße Fundamentalopposition betreiben zu wollen. Dieser relative Erfolg stellte sich jedoch erst mit dem Zusammengehen von PDS und WASG ein, das aus dem Protest gegen Sozial- und Demokratieabbau der Agenda 2010 geboren wurde. Die Agenda 2010 markiert ein in der deutschen Nachkriegsgeschichte ungekanntes Programm zur Absenkung sozialer Standards und sogenannten Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, in dessen Folge die Armutsrate in Deutschland stieg, während Löhne und Renten sanken.

Nur langsam verändert sich das Bild der LINKEN von einer Protestpartei gegen Sozialkürzungen hin zu einer gestaltenden Partei. Dies hat auch damit zu tun, dass sie auf dem Gebiet der DDR, in fünf ostdeutschen Bundesländern und Berlin, entsprechend ihrer starken Wahlergebnisse in (fast) allen Wählergruppen als Volkspartei bezeichnet werden kann. Hier konnte man sie auch, wie beschrieben, in Regierungsverantwortung sehen.

Obwohl seit 2013 im Bundestag eine rechnerische Mehrheit mit SPD und Grünen besteht, ist eine linke Regierungskoalition derzeit nicht absehbar. Dazu müsste sich das Verhältnis der Akteure, insbesondere zwischen Linkspartei und SPD, zunächst substantiell verbessern.

Die Mitglieder der Partei leiten derzeit aus dem differenzierten Wählerzuspruch – im Osten über 20 Prozent, im Westen unter 10 Prozent – ein unterschiedliches Parteiverständnis ab: im Westen Protestpartei und im Osten gestaltende Volkspartei. Hinzu kommt, dass die parlamentarische Stärke der LINKEN auf Bundesebene, anders als in Spanien oder Griechenland, kein Ergebnis starken außerparlamentarischen Widerstands oder sozialer Bewegungen, sondern das Resultat parteipolitischer und parlamentarischer Arbeit ist.

Die Geschichte der PDS

Die Geschichte der LINKEN ist eine Geschichte zweier Parteien, der PDS und der WASG. Die PDS war 1989/90 aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangen, die ihrerseits 1946 im Zuge der (von starkem staatlichen Druck begleiteten) Vereinigung von SPD und KPD gegründet worden war. Von 1949 bis 1989 war die SED die Staatspartei der DDR. Im Zuge der Massenproteste und der hunderttausendfachen Ausreise von DDR-Staatsbürgern in die Bundesrepublik entwickelte sich ein politischer Reformdruck auf staatliche Institutionen des Landes, der auch vor der herrschenden SED nicht Halt machte. Dieser äußere Druck auf die SED korrespondierte mit einem inneren Reformdruck von Seiten der Parteimitglieder. Diesem trug die Parteispitze symbolisch mit der Umbenennung der SED in die Partei des Demokratischen Sozialismus am 4. Februar 1990 Rechnung. Dem Symbolischen folgten programmatische Reformen; so legte die PDS den Anspruch einer Avantgardepartei ab und verzichtete auf den

verfassungsrechtlich garantierten Führungsanspruch im Land.

Erster Vorsitzender der PDS wurde Gregor Gysi. Bei der ersten freien Volkskammerwahl (Parlament der DDR) am 18. März 1990 erreichte sie 16,4 Prozent, die Partei ging in die Opposition. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 errang die PDS bei der ersten gesamtdeutschen Wahl im Dezember 2,4 Prozent (und damit weit weniger als die fünf Prozent, die für den Einzug einer Partei in den Bundestag für gewöhnlich erforderlich sind). Da das Bundesverfassungsgericht aber zuvor die Staatsgebiete von DDR und BRD zu getrennten Wahlgebieten erklärt hatte, zog die PDS, die in Ostdeutschland elf Prozent erzielte, in den Bundestag ein.

Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Partei ihr Ergebnis auf 4,4 Prozent steigern. Dass sie wieder in den Bundestag einzog, obwohl sie erneut die Fünfprozenthürde verfehlte, hat mit einer Besonderheit des deutschen Wahlrechtes zu tun. Denn in Ost-Berlin errang die PDS vier Direktmandate, die den Einzug ins Parlament entsprechend ihrer prozentualen Stärke möglich machten.

In den ostdeutschen Bundesländern entwickelte sich die PDS zunehmend zur Volkspartei und erzielte ab Ende der 1990er Jahre meist Wahlergebnisse von über 20 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1998 überwand die Partei dann mit 5,1 Prozent erstmalig die Fünfprozenthürde. Im Westen blieb der Zuspruch der PDS allerdings schwach und lag unter zwei, in manchen Regionen gar unter einem Prozent.

2002 scheiterte die PDS mit 4,3 Prozent an ihrem Ziel, den Wiedereinzug in den Bundestag zu schaffen. Da sie in Ost-Berlin nur zwei der zuvor vier Direktmandate erlang, war die Partei auch nur noch mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten. Daraufhin geriet die Partei in eine schwere innerparteiliche Krise. Allerdings

setzte bereits 2004 eine Konsolidierung ein, als die PDS sich stark in den Protesten gegen die neoliberalen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der zweiten rot-grünen Bundesregierung (Agenda 2010) engagierte. In der Folge stiegen die Zustimmungswerte für die Partei, wenn auch zunächst nur in den ostdeutschen Bundesländern.

Insgesamt war die PDS zwar der Rechtsnachfolger der Staatspartei SED; programmatisch aber trat sie deren Nachfolge nicht an, im Gegenteil: Auf ihren beiden Programmkongresse distanzierte man sich wiederholt vom System des Stalinismus und den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus in der DDR begangen wurden.

Die Geschichte der WASG

Aus Protest gegen die 2003 unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) forcierte Agenda 2010 formierten sich 2004 – zunächst unabhängig voneinander – in Norddeutschland die „Wahlalternative“ sowie in Süddeutschland die „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (ASG). Beide Formationen wurden von ehemaligen SPD- und SPD-nahen Gewerkschaftsmitgliedern dominiert. Im Juli 2004 fanden sich zunächst beide Organisationen zur „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zusammen. Im Mai 2005 trat die neue Partei zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen an erreichte 2,2 Prozent der Stimmen (die PDS erzielte 0,9 Prozent). Wenig später trat Oskar Lafontaine, ehemaliger SPD-Kanzlerkandidat und -Parteivorsitzender sowie Bundesfinanzminister unter Gerhard Schröder, aus seiner SPD aus und in die WASG ein.

PDS und WASG erkannten, dass der enge Raum links der Sozialdemokratie nicht durch zwei miteinander konkurrierende Parteien erfolgreich genutzt werden konnte; bei einer Bundestagswahl drohten beide zu scheitern. Hinzu

kam, dass die Ressourcen der noch jungen Formation WASG sehr gering waren. Die PDS war im Westen immer noch schwach, während sie im Osten an ihre Erfolge vor 2002 anknüpfen konnte. Mit der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen für den September 2005 wuchs der Druck auf beide Parteien, ähnlich wie bei Syriza im Juni 2012, sich auf eine gemeinsame Kandidatur zu verständigen.

Die Vereinigung zur LINKEN

Im Juni 2005 einigten sich PDS und WASG, bei der Wahl im September gemeinsam anzutreten. Hierzu traten Mitglieder der WASG auf den Wahllisten der – im Juli zur Linkspartei. PDS umbenannten – PDS an. (Wahlbündnisse sieht das deutsche Wahlrecht, anders als in Spanien und Griechenland, nicht vor.) Zu den Spitzenkandidaten wurden die späteren Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine gewählt. Bei der Wahl am 18. September 2005 erreichte die Linkspartei.PDS 8,7 Prozent der Stimmen und wurde viertstärkste Kraft. Knapp zwei Jahre später, am 16. Juni 2007, fand schließlich die Fusion der beiden Parteien zur DIE LINKE statt. In Urabstimmungen votierten 96,9 Prozent der Mitglieder der Linkspartei.PDS und 83,9 Prozent der WASG-Mitglieder dafür.

Die Partei wuchs schnell auf über 78 000 Mitglieder an und erzielte eine Reihe von Wahlerfolgen. Viele neue Mitglieder – aus sozialen Bewegungen, ehemalige SPD- und Grünenmitglieder sowie Aktivisten kleinerer Gruppen – traten der Partei bei. DIE LINKE wurde auf diese Weise zu einer Art Sammlungsbewegung radikal Linker. Bei der Bundestagswahl 2009 konnte sich die Partei dann gar auf 11,9 Prozent der Stimmen steigern.

Mit dem Erfolg kamen auch innerparteiliche Auseinandersetzungen, vor allem zwischen den Mitgliedern der ehemaligen Quellparteien. Deren Ergebnis waren Misserfolge bei

Tabelle 5: Entwicklung der Mitgliedschaft⁴²

Landesverbände	31. Dez. 2015	davon Frauen	Prozent
Baden-Württemberg	2.836	704	24,82
Bayern	2.508	602	24,00
Berlin	7.447	3.192	42,86
Brandenburg	6.626	2.898	43,74
Bremen	481	138	28,69
Hamburg	1.307	375	28,69
Hessen	2.525	673	26,65
Mecklenburg-Vorpommern	4.034	1.805	44,74
Niedersachsen	2.552	663	25,98
Nordrhein-Westfalen	6.465	1.787	27,64
Rheinland-Pfalz	1.594	464	29,11
Saarland	2.114	694	32,83
Sachsen	8.677	3.878	44,69
Sachsen-Anhalt	4.044	1.747	43,20
Schleswig-Holstein	970	251	25,88
Thüringen	4.767	2.067	43,36
Bundesgeschäftsstelle	42	16	38,10
<i>Gesamt</i>	<i>58.989</i>	<i>21.954</i>	<i>37,22</i>

westdeutschen Landtagswahlen, die wiederum interne Flügelkämpfe befeuerten, welche auf dem Parteitag von Göttingen im Juni 2012 öffentlich ausgetragen wurden. In der Folge wuchs die Partei dann aber langsam zusammen, und es gelang, alte Rivalitäten einzuhegen und an dem Erfolg einer gemeinsamen Partei zu arbeiten. Bei der letzten Bundestagswahl gingen die Zustimmungswerte für DIE LINKE zwar wieder zurück. Gleichzeitig wurde die Partei indes mit 8,6 Prozent zur drittstärksten Kraft – und damit zur größten Oppositionsfraktion – im Bundestag.

Noch heute ist die Partei in den neuen Bundesländern eine Volkspartei, die in allen Landesparlamenten (meist als zweitstärkste Kraft) vertreten ist. In Brandenburg regiert sie seit 2009 als Juniorpartner einer Koalition unter Führung der SPD. In Thüringen stellt sie seit 2014 mit Bodo Ramelow in einer Koalition mit SPD und

Grünen erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik den Ministerpräsidenten. Zuvor war die PDS Juniorpartner in rot-roten Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen-Anhalt tolerierte sie Mitte der 1990er Jahre eine rot-grüne Minderheitsregierung. In den westdeutschen Landtagen ist die Partei nicht flächendeckend vertreten. In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war sie noch nie, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nur für eine Legislaturperiode im Landtag vertreten. In die Landtage von Hamburg, Bremen, Hessen und dem Saarland hingegen wurde sie wiederholt ins Parlament gewählt.

In der Partei existiert – auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Verankerung und regionalen Stärke – noch immer ein Nebeneinander von divergierenden Politikverständnissen, eine Vielfalt politischer Kulturen und kultu-

Tabelle 6: Abgeordnete in Parlamenten

Parlamente	Gesamt	Frauen	Anteil Frauen (%)
Europäisches Parlament	7	4	57
Bundestag	64	35	55
Abgeordnetenhaus Berlin	19	10	53
Bürgerschaft Bremen	17	8	47
Bürgerschaft Hamburg	8	4	50
Landtag Hessen	6	3	50
Landtag Mecklenburg-Vorpommern	14	7	50
Landtag Saarland	8	4	50
Landtag Sachsen	27	13	48
Landtag Sachsen-Anhalt	16	9	56
Landtag Thüringen	28	14	50

reller Codes. Konkret bedeutete dies die Koexistenz von autoritären sozialstaatsorientierten, kommunistischen, trotzkistischen, linkssozialistischen, sozialdemokratischen oder reformistisch-libertären Gruppierungen.

Regierungsbeteiligungen waren in der Partei stets umstritten. Diese Frage beschreibt jedoch keinen Konflikt zwischen Ost und West oder zwischen vermeintlich radikalen und reformorientierten Strömungen innerhalb der LINKEN. Kaum eine politische Strömung innerhalb der LINKEN lehnt Regierungsbeteiligungen grundsätzlich ab. Diskutiert werden vielmehr die Bedingungen, unter welchen DIE LINKE zu einer Regierungsbeteiligung bereit ist. Erschwert wird die Debatte auch durch die Weigerung der SPD auf Bundesebene, an einem Mitte-Links-Bündnis zu arbeiten. Im Gegenteil: DIE LINKE wird von der SPD hier, anders als auf Landesebene, weiterhin geächtet.

In der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) ist sie die Partei mit den meisten Abgeordneten und stellt mit Gabi Zimmer deren Vorsitzende. Sie ist Gründungsmitglied der EL, stellte mit Lothar Bisky einen ihrer Vorsitzenden und wirkt im Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) mit.

Mit ihrer Gründung 2007 hat DIE LINKE europäische Normalität nach Deutschland gebracht. In der Bundesrepublik hatte es zuvor über Jahrzehnte keine parlamentarische Vertretung einer Partei links der Sozialdemokratie gegeben. Der Ost-West-Konflikt, und mit ihm der scharfe Antikommunismus, machte es linken Formationen – anders als etwa in Frankreich und Italien – schwer, Fuß zu fassen.

DIE LINKE hat aber nicht nur für „europäische Normalität“ in Deutschland gesorgt, sondern auch sozialpolitische Alternativen wieder in den Fokus der politischen Auseinandersetzungen gerückt. Dieses Feld hatte die Sozialdemokratie mit ihrer Regierungsbeteiligung ab 1998 nach und nach geräumt. Damit hat DIE LINKE aber auch einen Gegenentwurf zur Austeritätspolitik und Dominanz Deutschlands in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa entwickelt. Dies hatte für die von der Krise betroffenen europäischen Staaten und für die dortigen Linksparteien einen besonderen strategisch-politischen Wert, den es nicht zu unterschätzen gilt.

Durch das Zusammengehen von PDS und WASG gelang es, die politische Linke endlich zu einer

38 Vgl. www.die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen/.

gesamtdeutschen Linken fortzuentwickeln, auch wenn Unterschiede, etwa hinsichtlich der regionalen Wahlergebnisse, weiterhin bestehen. Doch auch hier deuten die Zahlen auf die Entwicklung der LINKEN zu einer gesamtdeutschen, starken Linkspartei. Schließlich haben auch die anderen kleineren Parteien in Deutschland, wie Grüne oder FDP, Schwierigkeiten, flä-

chendeckend in allen Landesparlamenten vertreten zu sein. Insofern stellt DIE LINKE keine Ausnahme dar. Die strategische Frage ist, ob es irgendwann auch auf Bundesebene gelingt, die Blockadehaltung der SPD gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei aufzubrechen, Dies wiederum ist die Voraussetzung für andere Mehrheiten.

5. Strategische Aufgaben für die Linke in Europa

Die Europäische Union ist tief gespalten. Mit der Griechenlandkrise 2015 und dann der anhaltenden Flüchtlingskrise ist die Solidarität der Länder unter deutscher Führung kollabiert. Die Bundesregierung hat hierauf bislang keine gemeinsame oder gar solidarische Antwort gefunden. Viele, vor allem osteuropäische, Mitgliedstaaten der EU verweigern sich kategorisch der Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan, Syrien, dem Irak oder den nordafrikanisch-arabischen Staaten – obwohl sie, an der Seite der Vereinigten Staaten, selbst an dem sogenannten Krieg gegen den Terror, an Bürgerkriegen, Hungersnöten und instabile Machtstrukturen aktiv mitwirkten. Die aktuelle Flüchtlingssituation verstärkt dabei nur das Bild eines gespaltenen Europas, das bisweilen gutwillig als ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten beschrieben wurde. Hinzu kommt, dass der Konflikt in der Ukraine das Verhältnis zu Russland ebenso wie das Binnenverhältnis der EU-Mitgliedstaaten untergräbt.

Bereits infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 hat Europa auseinanderdriften lassen: In ein wirtschaftlich und politisch dominantes „Kerneuropa“ um die Bundesrepublik und einen abgehängten, wirtschaftlich schwachen und politisch nicht-souveränen Süden. Die Diktate der Troika aus Brüssel sind das Instrument, diesen Widerspruch auf Dauer aufrechtzuer-

halten und damit Ausdruck der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spaltung der EU.

Die Linke in Europa steht vor der Herausforderung, eine gemeinsame Antwort auf diese Spaltung zu finden und gleichzeitig Politikangebote für die spezifischen Situationen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu formulieren. Das ist keine leichte Aufgabe, denn die europäische Linke gibt ihrerseits ein vielschichtiges – oder, negativ formuliert, gespaltenes – Bild ab. In den osteuropäischen Staaten ist sie – mit von Slowenien und partiell Kroatien – absolut marginalisiert. Relevante Linksparteien bzw. parlamentarische Vertretungen links der Sozialdemokratie existieren dort nicht.

DIE LINKE in Deutschland stellt in diesem Zusammenhang einen Sonderfall dar. Sie ist die einzige ehemalige Staatspartei, die sich – entgegen dem Trend eines historischen wie erneuerten Antikommunismus im Osten Europas – grundlegend erneuern und politisch behaupten konnte. Die einzige andere frühere Staatspartei, die sich behaupten konnte, ist die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM). Dies hat jedoch nicht den Weg einer sich erneuernden, modernen demokratisch-sozialistischen Partei gewählt, sondern beharrt auf der Politik und Organisationsform einer klassischen demokratisch-zentralistischen kommunistischen Avantgardepartei.

Doch nicht nur im Osten Europas befindet sich die Linke in der Defensive. Die zunehmenden gesellschaftlichen und innereuropäischen Krisenzeiten haben nämlich vor allem die populistische und radikale Rechte gestärkt. In Frankreich ist der rechtsradikale Front National inzwischen stärkste Partei, während die Linke auf niedrigem Niveau stagniert. Und dies trotz der Tatsache, dass es in dem Land zwei unterschiedliche Linksformationen gibt – die eurokommunistische PCF und die linkssozialdemokratische Parti de Gauche –, die ihrerseits das Bündnis miteinander gesucht haben. In vielen weiteren Ländern sind rechtsradikale oder rechtspopulistische Kräfte auf dem Vormarsch, so etwa in Österreich, Belgien, Italien, Polen und Ungarn. In all diesen Ländern ist die Linke schwach, was auch daran liegen mag, dass hier klassische Kommunistische Parteien den Raum links der Sozialdemokratie besetzen.

Zum anderen lässt sich die These vertreten, dass Linksparteien in der Form reiner Protestparteien auf Dauer nicht überlebensfähig sind. Soziale Krisenzeiten bedingen keineswegs eine automatische Hinwendung der Menschen zu den Angeboten der radikalen Linken. Vielmehr müssen sich die Linken in das von ihnen kritisierte System hineinbegeben, um dort Veränderungen nach ihren Vorstellungen durchsetzen zu können. In diesem Zwiespalt bewegen sich freilich alle Linksparteien in Europa. Allerdings fällt es jenen Parteien, die auf „revolutionäre“ Lösungen setzen, zunehmend schwer, eine überzeugende und wahrlich erfolgreiche Antwort auf die Frage zu geben, wie die konkreten Problemen der Menschen gelöst werden können. Da in Europa in absehbarer Zeit keine revolutionären Tendenzen gibt, werden diese Parteien kurz- und mittelfristig bestenfalls kleine Achtungserfolge erzielen können.

Die skandinavischen Linksparteien, die sich bereits in den 1970er und 80er Jahren zu demokratisch-sozialistischen, linkssozialistischen oder grün-linken Formationen gewan-

delt hatten, behaupten sich seit Jahrzehnten als parlamentarisch relevante Kräfte. Sie waren zeitweise als Juniorpartner an sozialdemokratisch geführten Regierungen beteiligt. Ein großer Sprung nach vorn konnte damit allerdings nicht erreicht werden.

Kraft und Erneuerung schöpft die Linke in Europa derzeit nur aus dem Süden, aus Griechenland, Spanien und Portugal. Das macht Mut und eröffnet die Chance, alternative linke Politik in ganz Europa wieder verstärkt auf die Bühne der politischen Auseinandersetzung zu bringen.

Allerdings ist der Widerstand der Herrschenden auch in diesen Ländern groß. Konservative und Sozialdemokraten haben, im Bündnis mit Oligarchien und Wirtschaftsmogulen, im Falle Griechenlands europaweit fast alles aufgeboten, um einen Wahlsieg von Syriza zu verhindern. Als dies nicht gelang, setzten sie alles, einschließlich der europäischen Institutionen, in Bewegung, um die erste Linksregierung in der EU in die Knie zu zwingen. In der Folge konnte Syriza sich zwar an der Regierung behaupten, doch nur um den Preis eines dritten unsozialen und antidemokratischen „Hilfspakets“. Seitdem streitet die Linke in Europa darüber, ob der Konflikt um Griechenland nun als Erfolg oder Misserfolg zu werten ist.

Dass die neoliberalen Eliten nicht bereit sind, linken Anti-Austeritätsparteien wie Syriza, die die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, Macht und Gestaltungsplätze einzuräumen, zeigt in ganz ähnlicher Weise das Beispiel Portugal. Portugal ist, wie Griechenland und Spanien, stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen und musste finanziell durch die EU und die Eurogruppe gestützt werden. Banken wurden in Milliardenhöhe gerettet, während soziale Errungenschaften, Löhne und Renten gekürzt wurden. Die konservative Regierung (2011-2015) unter Ministerpräsident Pedro Passos Coelho (PSD) ließ keinen Zweifel

an ihrer Bereitschaft aufkommen, die von der Troika geforderten Privatisierungen und Sozialkürzungen durchzusetzen.

Die Quittung für diese Politik erhielt Passos Coelho bei der Parlamentswahl am 4. Oktober 2015. Er verlor seine Mehrheit, und zwei Linksformationen, der „Bloco de Esquerda“ (BE) und die Kommunistische Partei Portugals (PCP), erklärten ihre Bereitschaft, eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten (PS) zu unterstützen. Portugals Konservative schürten Ängste vor einer linken Regierung. Als diese dann nicht mehr zu verhindern war, bemühten sie gar das institutionelle System, um eine linke Regierungsübernahme zu verhindern. Staatspräsident Cavaco Silva (PSD) verweigerte die Ernennung der Linksregierung, die im Parlament über die Mehrheit verfügte, und beauftragte stattdessen den Wahlverlierer, seinen Parteifreund Coelho, mit der Regierungsbildung. Erst als diese nach Monaten scheiterte, wurde schließlich doch noch die neue Linksregierung vereidigt.³⁹

Die Beispiele Griechenland und Portugal unterstreichen, dass die politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht einmal mehr bereit sind, demokratische Wahlergebnisse zu akzeptieren, sofern diese dazu führen könnten, dass sie an Macht einbüßen. Die Linke in Europa ist deshalb umso mehr gefordert, den Druck zu verstärken, will sie ihre alternativen politischen Vorstellungen gegen diese Eliten durchsetzen.

Die südeuropäischen Beispiele zeigen zugleich, dass die Linke in Europa aktuell dort stark ist, wo sie als moderne Sammlungsbewegung auftritt, den Protest der Bevölkerung aufgreift und in einem breiten Bündnis die Machtfrage stellt.

Hingegen ist die europäische Linke überall dort in der Defensive, wo sie sich eigenen Reform-

schritten und Öffnungsprozessen verweigert, und wo sie sich spaltet und in Konkurrenz zueinander steht. Dass sogar erfolgreiche Öffnungsprojekte wie Podemos nicht frei davon sind, zeigt das Wahlergebnis in Spanien. Wie in Portugal ist es der Linken, den Anti-Austeritäts- und Bürgerparteien in Spanien nicht gelungen, vor der Wahl zu einem breiteren Bündnis zusammenzufinden. Aber während es in Portugal möglich wurde, die Spaltung der Linken (zwischen Linksblock und KP) nach der Wahl mehrheitsbildend zu korrigieren, bestand diese Option in Spanien, auch aufgrund des komplizierten Wahlsystems und der regionalen Zerklüftung des Landes, nicht.

Die Entwicklung in Spanien, aber auch in Deutschland, zeigt, dass Erfolg und Misserfolg der Linken immer auch von den institutionellen Vorgaben (wie Wahlrecht) abhängen. Darüber hinaus spielen Faktoren wie die gesellschaftliche Mobilisierung durch die Linke oder die Fähigkeit der Linken, Antworten auf die Umbrüche der Gesellschaft zu formulieren, eine wesentliche Rolle. Denn fest steht, dass die Linke – gerade vor dem Hintergrund ihrer institutionellen Benachteiligung – stärker als andere Parteien das Bündnis mit anderen progressiven Kräften suchen muss. Nur wenn die traditionellen Spaltungen der Linken, wie in Griechenland oder Deutschland, überwunden werden und sich alle Akteure auf gemeinsame Ziele – wie den Kampf gegen Austerität und Entdemokratisierung – verständigen, können Erfolge erzielt werden.

Um auf diese Herausforderungen zu reagieren, scheinen jene Linksparteien am besten vorbereitet zu sein, die sich als Sammlungsbewegung aufstellen, gesellschaftlichen Protest aufgreifen und gleichzeitig offen sind für parlamentarische Bündnisse links der Mitte. Die Linke in Europa ist dann erfolgreich, wenn sie sich selbst einem ständigen Veränderungsprozess unterwirft, sich neuen gesellschaftlichen Milieus zuwendet und von ihrem überkommenen Avantgardecharakter verabschiedet.

³⁹ Vgl. Dominic Heilig: Den Unterschied herausstellen. Wahlanalyse der Portugiesischen Parlamentswahl vom 4. Oktober 2015, www.rosalux.de; ders.: Portugals Linke vorn, in: „Disput“, 11/2015.

Syriza in Griechenland, Podemos und IU in Spanien sowie Linksblock und PCP in Portugal haben zudem nachgewiesen, dass es nicht länger ausreicht, soziale Protestpartei zu sein. Sie betonen, dass die Systemfrage sich aktuell als Demokratiefrage stellt. Ohne eine Demokratisierung der „Postdemokratie“ und der europäischen Integration werden sich soziale Verwerfungen in den EU-Mitgliedstaaten und der EU selbst nicht verhindern oder gar umkehren lassen. Gerade das Beispiel Griechenland illustriert, dass der Aufbau eines gerechten Sozialwesens nicht ohne radikale Reform der demokratischen Souveränität und Mitbestimmung zu haben ist. Denn es sind die aktuellen Entscheidungsstrukturen, die – neben den europäischen Machtverhältnissen – einen sozialen Aufbruch in Athen bislang massiv erschwert haben. In Spanien sind es undemokratische Instrumente der Mehrheitsbildung, das konstitutionelle Franco-Erbe und die Monarchie, die im Dezember einen sozialen Wandel verhindert haben, während in Portugal die institutionelle Macht – in Form der Weigerung des Staatspräsidenten, die mehrheitstragende Linke mit der Regierungsbildung zu beauftragen – bemüht wurde, um eine Abkehr von der Austeritätspolitik zu verhindern.

Die Linke muss, auch das haben die südeuropäischen Linksparteien eindrucksvoll bewiesen, die Machtfrage gegen die alten Oligarchien und Herrschaftsstrukturen mit Nachdruck stellen. Denn auf Dauer kann sie ihre Programmatik nicht als Juniorpartner der Sozialdemokratie umsetzen. Diese These wird durch die Erfahrungen der skandinavischen Linken und der deutschen LINKEN untermauert. Zwar sind in solchen parlamentarischen Bündnissen politische Kurskorrekturen partiell möglich – mehr aber auch nicht.

Syriza und Podemos haben als neue Sammlungsparteien und -bewegungen die Machtfrage gestellt. Der griechischen „Koalition der radikalen Linken“ gelang es innerhalb von drei

Jahren, von einer randständigen Formation mit vier Prozent Wählerzuspruch zu einer Partei zu werden, die über ein Drittel der Bevölkerung hinter sich zu bringen verstand. Podemos vermochte es, innerhalb eines Jahres über 20 Prozent der Bevölkerung hinter einer alternativen politischen Botschaft zu versammeln. In Portugal, wo Linksblock und Kommunisten zusammen knapp 20 Prozent der Wählerschaft hinter sich bringen konnten, gelang ein ähnlicher Prozess. Der Grund hierfür dürfte auch darin liegen, dass sie nachvollziehbar und glaubwürdig ihre Bereitschaft bekundeten, Verantwortung für Veränderung über bloße Opposition hinaus wahrnehmen zu wollen.

Auch die deutsche LINKE, welche seit nunmehr zehn Jahren zwischen acht und zehn Prozent Zustimmung generiert, muss, will sie gestaltend auf die Entwicklung Europas Einfluss nehmen, die Machtfrage stellen und sich einer zweiten Öffnung unterziehen. Für sie kommt zwar erschwerend hinzu, dass politische Auseinandersetzungen in Deutschland nicht in dem Maße wie im Süden Europas durch soziale Bewegungen getragen werden, dennoch gibt es Ansatzpunkte für eine Sammlungsbewegung. Bereits ihre erste Öffnung, die Fusion von PDS und WASG, hat viele tausend Bürgerinnen und Bürger bewogen, sich der neuen Linkspartei anzuschließen. Nun geht es darum, den nächsten Schritt zu gehen und die eigene Mitgliedschaft und das eigene politische Spektrum zu erweitern.

Die Geschichte der europäischen Linken zeigt, dass Öffnungen und parteiinterne Reformen in aller Regel zum Ausbau der Basis und zu Wahlerfolgen führen.

Die kommunistischen und reformkommunistischen Parteien hingegen scheinen nicht mehr über die Wirkung und innere Struktur zu verfügen, die eine Verbreitung ihrer Basis und ihres Einflusses möglich machen. Revolutionäre Situationen sind in Europa trotz der anhalten-

den sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen nicht in Sicht. Im 21. Jahrhundert warten die Menschen auf dem Kontinent auf keine Avantgarde, die ihnen den Weg weist. Es ist daher unwahrscheinlich, dass diese Parteien die Zukunft der Linken in Europa wesentlich beeinflussen oder gar in der Lage sein werden, politische Mehrheiten in EU-Mitgliedsstaaten zu erobern.

Die klassischen linkssozialistischen und linkssozialdemokratischen Parteien Europas, wie in Skandinavien oder den Niederlanden, werden es in naher Zukunft schwer haben, ihre bisherigen – wenngleich stabilen – parlamentarischen Einflussphären auszubauen. Dafür sind sie schlicht zu sehr vom strategischen Verhalten der Sozialdemokratien in ihren Ländern abhängig.

Parteien mit Zukunft stellen vor allem jene Formationen dar, die als linke Sammlungsbebewegungen ihre eigene Reform oder Öffnung betreiben. Die Arbeitswelten sind – durch Globalisierung, Digitalisierung und einen Wandel des kapitalistischen Systems hin zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus – im hohen Maße Veränderungen ausgesetzt. Dieser Prozess hat massive Auswirkungen auf soziale Beziehungen und Milieus. Nur Parteien, die darauf neue programmatische und organisatorische Antworten finden, dürften längerfristig überlebens- und mehrheitsfähig sein.

In jedem Falle hat das so wichtige Jahr 2015 gezeigt, dass die Linke in Europa nur dann überleben, bestehen und vielleicht sogar erfolgreich sein kann, wenn sie sich nicht auf den Nationalstaat beschränkt, sondern europaweit kooperiert und handelt. Eine einzige Linksregierung in Europa macht eben noch keinen roten europäischen Frühling. Die Linke täte daher gut daran,

ihre europäische Spaltung zu überwinden. Mit diesem Ziel sind Syriza und Podemos in den Wahlkampf gezogen: Sie beschränkten ihre Demokratisierungs- und Sozialprojekte nicht auf den jeweiligen Nationalstaat, sondern beziehen sich auf die gesamte Europäische Union. Dafür aber muss die Linke in Europa auch ihre transnationalen Organisationen stärker nutzen, wie die Europäische Linkspartei oder die Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL). Dann kann künftig vielleicht auch verhindert werden, dass etwa im Baskenland drei linke Parteien bei gegeneinander antreten, die zugleich alle drei Teil der GUE/NGL sind.

Der europäische Frühling, der im Januar 2015 mit Syrizas Wahlsieg in Athen begann, ist bislang nicht in einem europäischen Winter geendet. Aber die Herausforderungen bleiben gewaltig. Viel wird davon abhängen, ob es, nach Griechenland und Portugal, auch in Spanien zu einer Linksregierung kommt. Und 2016 stehen weitere wichtige Wahlen für die Linke an, beispielsweise in Irland, einem weiteren von Austeritätspolitik gebeutelten EU-Land. Von entscheidenderer Bedeutung aber dürfte die Bundestagswahl 2017 sein. Gelingt es, DIE LINKE zu stärken und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Architektin der europäischen Austeritätspolitik, zu bezwingen, kann sich Europa in eine andere, sozialere und demokratischere Richtung entwickeln.

Fest steht: Die europäische Linke muss auf die Herausforderungen der Gegenwart reagieren und sich weiterentwickeln. Dies wiederum kann im 21. Jahrhundert nur heißen: linke Politik demokratisch und pluralistisch zu definieren – und sich nicht in der Oppositionsrolle einzurichten, sondern die eigene Regierungsfähigkeit und -willigkeit in den Blick zu nehmen.